

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Billale Bochum, Viktoriaplatz. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Mitverband Bochum.

An die Verbandsmitglieder.

Die Generalversammlung unseres Verbandes hat vom 20. bis 24. Juli in Breslau getagt und wichtige Beschlüsse gefasst. Das Statut ist auch in diesem Jahre wieder geändert. Die Änderungen werden mit dem 1. Januar 1931 in Kraft treten. Bei der Neuwahl des Vorstandes haben sich nur wenige Änderungen ergeben. Die Verbandsleitung setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen:

Geschäftsführender Vorstand:

- | | |
|-----------------------------|--------------|
| Husemann, Friedrich, | Vorsitzende, |
| Schmidt, August, | |
| Bitner, Hermann, Kassierer, | Sekretäre. |
| Martindler, Albert, | |
| Borgschulze, Karl, | |
| Bedemann, Karl, | |
| Behmann, Ludwig, | |

Beisitzer:

- | | |
|--------------------------------------|-------------|
| Hoffmann, Otto, | Ruhrrevier, |
| Ständele, Emil, | |
| Blodt, Julius, | Beisitzer. |
| Riefner, Martin, Bezirk Halle, | |
| Trenkel, Albert, Bezirk Nordhausen, | |
| Bechler, Max, Bezirk Senftenberg, | |
| Bergmann, Paul, Bezirk Waldenburg, | |
| Deubner, Christian, Bezirk Herborn, | |
| Schmitt, Michel, Bezirk Saarbrücken, | |
| Sternitzky, Emil, Bezirk Lugau. | |

Stellvertreter der Beisitzer:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| Dehmann, Albert, | Ruhrrevier, |
| Engelard, Heinrich, | |
| Schewel, Albert, | Stellvertreter der Beisitzer. |
| Gropp, Hermann, Bezirk Halle, | |
| Bachmann, Georg, Bezirk Nordhausen, | |
| Lange, Karl, Bezirk Senftenberg, | |
| Jahn, Richard, Bezirk Waldenburg, | |
| Rieger, Wilhelm, Bezirk Herborn, | |
| Stein, Karl, Bezirk Saarbrücken, | |
| Bürger, Paul, Bezirk Lugau. | |

Redaktion:

- Limberg, Heinrich, Essen.
- Zimmer, Peter, Bochum.

Beirat:

- | | |
|--|-------------|
| Lübbe, Karl, | Ruhrrevier, |
| Pabel, Adolf, | |
| Wolber, Hermann, | Beirat. |
| Schmelzing, Robert, | |
| Nerge, Wilhelm, Bezirk Hannover, | |
| Böttcher, Ernst, Bezirk Zeitz, | |
| Röber, Emil, Bezirk Halle, | |
| Friedrich, August, Bezirk Senftenberg, | |
| Hömann, Peter, Bezirk Gleiwitz, | |
| Nothelfer, Johann, Bezirk Köln, | |
| Sattler, Heinrich, Bezirk Herborn, | |
| Meyer, Emil, Bezirk Saarbrücken, | |
| Schneider, Karl, Bezirk Saarbrücken, | |
| Müller, Peter, Bezirk München, | |
| Herrmann, Paul, Bezirk Zwickau. | |

Stellvertreter des Beirats:

- | | |
|--------------------------------------|-----------------------------|
| Hermanns, Wilhelm, | Ruhrrevier, |
| Göhl, Robert, | |
| Rirßen, Otto, | Stellvertreter des Beirats. |
| Schulenberg, Otto, | |
| Ottleben, Ernst, Bezirk Hannover, | |
| Förtsch, Martin, Bezirk Zeitz, | |
| Dziwinski, Max, Bezirk Halle, | |
| Noack, Max, Bezirk Senftenberg, | |
| Smolka, Paul, Bezirk Gleiwitz, | |
| Görres, Kaspar, Bezirk Köln, | |
| Zimmer, Otto, Bezirk Herborn, | |
| Hüther, Alfred, Bezirk Saarbrücken, | |
| Weirich, Jakob, Bezirk Saarbrücken, | |
| Weber, Otto, Bezirk München, | |
| Grüneberger, Erhard, Bezirk Zwickau. | |

Kontrollausschuss:

- | | |
|----------------------------------|--------------------|
| Rauermann, Wilhelm, | Ruhrrevier, |
| Höhn, Ferdinand, | |
| Junga, Gustav, | Kontrollausschuss. |
| Dahle, Theodor, Bezirk Hannover, | |
| Daniel, Paul, Bezirk Zeitz, | |
| Wicik, Felix, Bezirk Gleiwitz, | |
| Leiber, Ludwig, Bezirk Aachen. | |

Stellvertreter des Kontrollausschusses:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| Holländer, Otto, | Ruhrrevier, |
| Freiburg, Heinrich, | |
| Augull, Albert, | Stellvertreter des Kontrollausschusses. |
| Eberling, Hugo, Bezirk Nordhausen, | |
| Steinmeh, August, Bezirk Zeitz, | |
| Raczmarczyk, Anton, Bezirk Gleiwitz, | |
| Wasmuth, Wilhelm, Bezirk Aachen. | |

Der Kontrollausschuss hat sich sofort konstituiert und den Kameraden Wilhelm Rauermann, Bochum-Langendreer, Stiftstraße 32, wieder als Vorsitzenden und den Kameraden Ludwig Leiber, Mariadorf (Kreis Aachen), als stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Alle Beschwerden über die Geschäftsführung und die Beschlüsse des Vorstandes sind nach § 36 Ziffer 3 des Statuts innerhalb eines Monats nach Zustellung des Vorstandsbescheides beim Kameraden Wilhelm Rauermann einzureichen.

Kameraden! Auf der 27. Generalversammlung haben die Vertreter unserer Mitglieder zu allen das Verbandsleben berührenden Fragen Stellung genommen und Beschlüsse gefasst, die dazu dienen sollen, den Verband noch mehr zu festigen und die Interessen der Bergarbeiter wirksam zu vertreten. Die Generalversammlung hat ihre Beschlüsse fast immer einmütig gefasst und damit die Aufgaben, die ihr gestellt wurden, gut zu lösen verstanden. Soweit Änderungen am Verbandsstatut vorgenommen wurden, werden diese in einer der nächsten Nummern der „Bergbau-Industrie“ veröffentlicht. Die Mitglieder tun gut, wenn sie sich diese Bekanntmachung aufheben, denn der Neudruck des Verbandsstatuts kann erst im Herbst vorgenommen werden und wird den Mitgliedern dann das Statut zugehen.

Die Generalversammlung stand stark unter dem Eindruck des großen Grubenunglücks von Neurode. Ferner wurden ihre Verhandlungen stark von der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Krise beeinflusst. Die Be-

schlüsse, die gefasst sind, werden den Vorstand veranlassen, alles zu tun, um sie, soweit es in seinen Kräften steht, zu verwirklichen. Es muß aber auch hier wieder betont werden, daß die Verbandsleitung nur das erreichen kann, wozu ihr die Mitgliedschaft und die zahlenmäßige Stärke der Organisation die notwendige Kraft verleiht. Gerade in der heutigen Zeit der Wirtschaftskrisen und der politischen Krisen ist fester Zusammenschluß aller Bergarbeiter notwendig. Es ergeht deshalb an alle Mitglieder unseres Verbandes der dringende Appell, sich kräftig für die Gewinnung neuer Mitglieder einzusetzen, damit der Verband immer stärker wird und dadurch die Interessen der Bergarbeiter zu wahren in der Lage ist. Auf sozialpolitischem und auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet herrscht heute ein reaktionärer Geist. Aufgabe der Gewerkschaften und auch unseres Verbandes ist es, dafür zu sorgen, diese reaktionären Bestrebungen mit aller Macht zu bekämpfen. Das ist aber nur dann wirksam möglich, wenn unser Ruf, daß die deutschen Bergleute einig und geschlossen zusammenstehen und sich in unserem Verbandsorganisieren, auch befolgt wird.

Mit Glückauf!

Der Vorstand. J. U.: Fr. Husemann.

Bergvolf und Reichstagswahl.

Ende März traten die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung aus, weil sie drohende Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung nicht mitmachen wollten. Sie befanden sich dabei im vollsten Einverständnis mit den freien Gewerkschaften.

Das Kabinett Brüning war von Anfang an abhängig von engstirnigen Interessenpolitikern der Wirtschaftspartei und der Agrarier.

So kamen durch diesen neuen Bürgerblut massenbelastende Steuer- und Zollgesetze zustande,

welche die Lebenshaltung der breiten Volksmassen schwer bedrohen. Zölle wurden ungeheuer erhöht, Gefrierfleisch-einfuhr unterbunden, Konsumvereine ungerecht besteuert, von der Sozialdemokratie erkämpfte Sicherungen gegen Verteuerung durch Zölle beseitigt.

Stolz verkündete Moldenhauer, daß nun die Reichskasse in Ordnung und Steuerentkung für das Jahr 1931 sicher sei.

Wenige Wochen später war ein neues Defizit von 750 Millionen Mark vorhanden!

Dieses Defizit war zu einem großen Teil bedingt durch die unverminderte Massenarbeitslosigkeit. Es mußte und konnte beseitigt werden, wenn man nach den Vorschlägen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokraten am Wehretat und hohen Pensionen gründlich einsparte, wenn man auf größere Einkommen einen Zuschlag von 10 Prozent erhob, dazu ein Notopfer von denjenigen, die nicht durch Erwerbslosigkeit bedroht sind.

Solche Verhandlungen wollte aber der Brüningblock nicht! Eine Kopfsteuer für die Gemeinden, roh und ungerecht,

unglaubliche Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung,

die 1929 von der Sozialdemokratie abgewehrt wurden (Verlängerung der Wartezeit und der Sperrfristen, Ausschluß aus der Versicherung, Abbau der Leistungen),

Beschlechterungen der Krankenversicherung

(Herabsetzung des Grundlohns und damit Herabsetzung des Krankengeldes und der Familienzuschläge, Gebühren des Kranken für Krankenschein und Arznei usw.) wurden beschlossen und durch Notverordnungen verfassungswidrig in Kraft gesetzt. Reichstagsauflösung und neue Notverordnung folgten.

Nun hat das Volk zu entscheiden, ob mit oder gegen Gewerkschaften und Sozialdemokraten regiert werden soll!

Die Generalversammlung unseres Verbandes hat sich der einmütigen Ansicht der freien Gewerkschaften angeschlossen, daß für uns bei der kommenden Wahl

nur die Sozialdemokratische Partei

in Frage kommt. Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des ADGB, begründet zutreffend diesen Standpunkt folgendermaßen:

„Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnabbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel

vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos macht.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wissell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Befundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsausschuß bereits durchgeführt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassenen Diktaturverordnungen durchgeführt.

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwingen hat und erreicht, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Rechtsregierung die Volksbefragung gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, kann gar nicht anders, als am 14. Sept. der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Und jeder Arbeiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahlfähigen Familienangehörigen aufklären, daß keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozialdemokratie verlorengehen darf.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte.

Deshalb vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

Von unserer Breslauer Verbandstagung.

Kamerad Zimmer erstattet dann Bericht über den Gewerkschaftstongreß in Hamburg.

Im interessanter, fesselnder Weise gab Zimmer ein Bild der Verhandlungen von Hamburg, wobei er die Fragen der Wirtschaftsdemokratie, das Werden einer neuen sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaftsverfassung unter lebhaftem Beifall der Generalversammlung darstellte.

Für die

Wahl der Verbandsleitung

(Vorstand, Beisitzer, Kontrollkommission, Redaktion usw.) ist nur eine Vorschlagsliste eingegangen.

Kamerad Wiedner erklärt, daß er und seine oppositionellen Kameraden für keine andere Liste als die vorgeschlagene stimmen könnten, da sie zu gering an Zahl seien, um eine eigene Liste vorzuschlagen zu können. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Vorschlagsliste ist damit einstimmig angenommen.

Kamerad Hufemann dankt im Namen des wiedergewählten Vorstandes, der Redaktion usw. für das Vertrauen der Generalversammlung und verspricht in aller Namen treueste Pflichterfüllung wie bisher.

Am letzten Verhandlungstag wird zunächst der Bericht der Beschwerdebekommision

von Schröder vorgetragen. Es liegen 12 Beschwerden vor, 11 gegen den Vorstand und die Kontrollkommission, weil sie Auschlüsse vorgenommen bzw. bestätigt haben. Eine Beschwerde lag vor, weil ein beantragter Ausschluß nicht vollzogen wurde. Nur in drei Fällen waren bei den Beschwerden die statutenmäßigen Formalien erfüllt. Trotzdem sind auch die anderen Fälle von der Kommission an Hand der Akten geprüft worden. Die Kommission beantragt, alle Beschwerden zurückzuweisen. Nachdem Schröder jeden einzelnen Beschwerdefall vorgetragen hat, beschließt die Generalversammlung, alle Beschwerden zurückzuweisen, davon neun, weil die vorgeschriebenen Formen bzw. Fristen nicht eingehalten sind.

Kamerad Piehler berichtet über die zu Gehaltsfragen vorliegenden Anträge. Die Kommission empfiehlt Ablehnung der Anträge, die eine Kürzung der Gehälter verlangen.

Lachmuth (Waldenburg) verlangt Kürzung der Gehälter um 15 Prozent. Bittner (Schlegel), Rosenbusch, Jung wenden sich dagegen. Ein Antrag, der verlangt, daß Abgeordnete, die Verbandsangestellte sind, das halbe Gehalt abzuführen haben, wird gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Lachmuth wird nicht unterstützt, ist also abgelehnt.

Eine Entschließung Rosemann zur Frage der Gehälter der Beamten und zur gerechteren Verteilung des Volkseinkommens wird lebhaft debattiert. Martmöller, Regitz, Schroer und Rosemann beteiligen sich an der Debatte.

Der Antrag 181, der den Vorstand beauftragt, mit dem Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um einen Abbau der hohen Gehälter der Staats- und kommunalbeamten zu erreichen, wird angenommen und damit die Entschließung Rosemann erledigt.

Anträge, die den Ort der nächsten Generalversammlung betreffen, werden dem Vorstand überwiesen.

Es folgt das Referat:

Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik.

Hermann Müller (Lichtenberg), Vorsitzender des ADGB, führt aus:

Vor unseren Augen vollzieht sich der gewaltigste Entwicklungsprozess, der je in der kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten war. Zum Wesen des Kapitalismus hat immer gehört, daß er die Handarbeit durch Maschinen ersetzt hat. Das ist sehr oft ein schmerzvoller Prozess für die aus der Produktion Ausgeschalteten gewesen. Gerade Schlesien mit seinen Weberaufständen in den 40er Jahren ist in der Beziehung klassischer Boden. Trennung der Massen von den Produktionsmitteln und ihre Proletarisierung hat den Kapitalismus immer begleitet. Aber das ist nicht reaktionär, sondern revolutionär. So wie der Kapitalismus die feudale Gesellschaft über den Haufen geworfen hat, so macht er andererseits die Bahn frei für eine sozialistische Gesellschaft. Gerade dieser Prozess vollzieht sich mit großer Schnelligkeit. An die Stelle der freien Konkurrenz, die den Kapitalismus groß werden ließ, tritt in wachsendem Maße die gebundene Wirtschaft — ich kann auf das Gutachten von Professor Schmalenbach, das er in Sachen der Bergarbeiterlöhne abgegeben hat, verweisen, worin zum Ausdruck kommt, daß es keine Rückkehr in die alten kapitalistischen Bahnen gibt, sondern nur eine Weiterentwicklung, wie sie Karl Marx vorausgesehen hat. Diese Entwicklung hat für die Arbeiterklasse auch heute noch sehr unangenehme und schmerzhaft Begleiterscheinungen. Es erwächst aus ihr

die allgemeine Unsicherheit der Existenz,

die heute größer ist als früher. Lohnabbau, Unterdrückung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, sind neben der großen Arbeitslosigkeit die reaktionären Begleiterscheinungen der revolutionären Entwicklung des Kapitalismus. Wir empfinden das um so stärker, weil nach dem Einsturz große Hoffnungen in der Arbeiterklasse wach wurden, von denen sich nur ein Teil erfüllen ließ. Und jetzt haben wir Stillstand und Rückschritt statt des Fortschritts zu verzeichnen. Man erfieht daraus, daß es die politische Macht allein nicht tut. Wohl ist die Demokratie ein starker Hebel, aber der Druck muß von mächtigen Wirtschaftskörpern ausgeübt werden. Wir erwarten die Verbesserungen nicht von einem plötzlichen Umsturz, der würde unser kompliziertes Wirtschaftssystem vollends zerstören.

Wir wollen eine ruhige Entwicklung unter Beeinflussung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und dem Ausbau des Mitbestimmungsrechts,

also all die Maßnahmen, die wir als Demokratisierung der Wirtschaft ansprechen. Damit stecken wir unser Ziel viel weiter als früher. Angesichts dieser Tatsachen erscheint es sonderbar, daß Unternehmerstimmen laut werden, die dahin gehen, daß, wenn keine Gewerkschaften da wären, sie gegründet werden müßten. Wir brauchen das nicht als ein unbedingtes Lob aufzufassen. Tatsächlich hat auch noch kein Arbeitgeber uns gelobt, wenn wir unsere ganze Kraft eingesetzt haben für den Ausbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber die Unternehmer sehen, wohin die Reise geht. Sie wissen wie wir, daß eine ruhige Entwicklung Voraussetzung unserer

Wirtschaft ist. Und diese sehen sie garantiert in der Organisation und Erziehung der Massen. Daraus kann man uns den „Vorwurf“ machen, daß wir staatszerhaltend seien. Das sind wir auch, aber

mit wollen dem Staat sozialen Inhalt geben.

Daß Deutschlands wertvolles Gut die Arbeitskraft ist, wird immer anerkannt, nur wird man zu leicht geneigt, dieses Gut zu verschleudern, namentlich während der Krisen. Wir machen zur Zeit eine Krise durch, wie sie die Welt in solchem Ausmaß kaum gesehen hat. Die Ursachen sind nicht einheitlich. In Deutschland wirkt dabei vielerlei mit: der Verlust ausländischer Absatzgebiete, die Reparationslasten und die übersteigerte Rationalisierung. Letztere hat uns in eine Ueberproduktion hineingebracht, die nicht aus dem Widerspruch zwischen Bedarf und Produktion, sondern aus Produktion und Kaufkraft hervorgegangen ist und sich immer mehr verschärft. Dazu kommt, daß weite Kreise das Vertrauen zum Staat und zur Wirtschaft verloren haben. Kapitalflucht und Kapitalzurückhaltung sind die Zeichen dafür. Diese Vertrauenskrise zu beseitigen, war das Ziel der Verhandlungen, die vor kurzem zwischen uns und den Unternehmern stattfanden, die aber nicht zum Ziele führten. Die große Frage, um die gestritten wird, ist die um Löhne und Preise. Die gebundene Wirtschaft wird zur Monopolwirtschaft und führt zur Willkür bei der Preisbildung.

Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß die Preise nur gesenkt werden könnten, wenn die Selbstkosten verringert würden. Deshalb streben sie den Lohnabbau an. Und dabei steht fest, daß der Lohnanteil bei der Produktion immer geringer wird und damit die Lohnhöhe immer mehr und mehr den Einfluß auf die Preisfestsetzung verliert. Die Unternehmer begründen die Notwendigkeit der Lohnsenkung mit der Notwendigkeit einer gesteigerten Warenausfuhr. Sie vergessen dabei, daß Deutschland bis vor wenigen Monaten das einzige Land gewesen ist, dessen Ausfuhr im Vergleich mit dem Vorjahre zugenommen hat, während die Ausfuhr anderer Länder erheblich zurückging. Aber schon zu dieser Zeit hatten wir in Deutschland eine große Krise, und das erklärt sich daraus, daß Deutschland 80 bis 90 Prozent für den Binnenmarkt produziert und nur den Rest ausführt. Dieser Binnenmarkt ist durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau aber immer mehr und mehr eingeengt worden. Es kann offen ausgesprochen werden: auch durch Lohnabbau, obgleich teilweise der Tariflohn sogar noch gestiegen ist. Die Unternehmer haben es verstanden, die über tariflichen Löhne zu senken. Dazu kommt die Rahmlegung einer so wichtigen Schlüsselindustrie wie das Baugewerbe. So etwas bleibt nie auf engen Kreis beschränkt, sondern dehnt sich weiter aus. So verringert sich der Absatz und damit die Produktion, neue Entlassungen sind die Folgen. Bedauerlich ist, daß die Unternehmer aus ihren alten Gedankengängen nicht herauskommen. Der Siemens-Brief an die Reichsregierung und die Anregungen der Deutschen Volkspartei, die Tarifverträge aufzuheben, zeigen das mit aller Deutlichkeit.

Wie sehr die Arbeitereinkommen gefallen sind,

zeigen folgende Zahlen: im Januar 1928 hatte das Reich eine Lohnsteuereinnahme von 130 Mill. M., im Januar 1930 von 118 Mill. M. und im Mai eine solche von 110 Mill. M. Der von den Unternehmern eingeschlagene Weg ist falsch, Preisabbau ist notwendig. Es braucht nur die Kartellverordnung scharfer angezogen zu werden. Im Jahre 1929 sind die sogenannten freien Preise erheblich gesunken. Die geregelten Preise stiegen. Die Spanne zwischen beiden betrug im Jahre 1929 2,7, im Januar d. J. 14,6 Prozent. Auch sind die Zölle zu beseitigen, durch die die Waren verteuert werden. Leider ist auch die Regierung, wie der Schiedspruch von Nordwest beweist, auf demselben Irrweg wie die Unternehmer. Aber Unternehmer und Regierung irren sich, wenn sie glauben, daß die Gewerkschaften ruhig zusehen werden. Gewaltige Erschütterungen des Wirtschaftslebens werden die Unternehmer dann in Kauf nehmen müssen.

Leider wirkt sich die schlechte wirtschaftliche Lage auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung aus.

Die Reichsanstalt ist ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Das Reich muß zu immer größeren Summen zur Abhilfe des Notstandes greifen, was wiederum den Reichsetat gefährdet. Anstatt rechtzeitig die Reichsanstalt durch höhere Beiträge zu sanieren, wird immer mehr an den Abbau der Leistungen herangegangen, weite Schichten der Arbeitlosen werden sich selbst überlassen. Ganze Arbeiterkategorien werden geschaffen, die wohl Beiträge leisten, aber keinen Anspruch auf Unterstützung beziehen. Dazu kommt die

willkürliche Konstruktion einer Gefahrengemeinschaft

zwischen der Arbeitslosenversicherung und den übrigen Sozialversicherungen. Das zeigt sich jetzt bei der Verschlechterung der Krankenversicherung, die teilweise so schändlich wird, daß Regierung und Unternehmer, die sie befürworten, keine Freude daran haben werden. Abbau statt Ausbau ist die Parole mit der jadenheimigsten Begründung. Was an Beiträgen bei der Arbeitslosenversicherung mehr gezahlt wird, soll bei der Krankenversicherung eingepart werden. Zugleich wird treuherrlich verächtet, es sei das auch die Voraussetzung für den Ausbau der Invalidenversicherung. Und dabei dreht sich auch hier alles im Kreise.

Abbau der Arbeitslosenversicherung bedeutet den Abbau der Kreise, die auf die Krisenunterstützung angewiesen sind.

deren Verallgemeinerung wir fordern müssen. Er bedeutet auch die Erweiterung der Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege.

Im Reichstagsausschuß verlangten die Unternehmerrvertreter eine Vorlage zur

Verschlechterung der Knappschaftsversicherung.

Nur dem Umstand, daß in jenen Tagen die Katastrophe von Haysdorf 151 Knappen das Leben kostete, ist es zu danken, daß die Ausnahmehilfe sich schämte, den Antrag anzunehmen. Aber er kommt wieder und deshalb ist die kommende Wahl so wichtig!

Demgegenüber haben wir an unseren alten Forderungen festzuhalten:

Aufbau statt Abbau, Vereinheitlichung der Versicherung, Ausbau der Selbstverwaltung, deren Einschränkung wir leider beobachten müssen, weitestgehende Mitwirkung der Versicherten auch bei der Unfallversicherung.

Das sind keine utopischen Pläne, sie lassen sich durchaus verwirklichen, wenn der gute Wille dazu da ist. Die kommenden Wahlen werden Gelegenheit bieten, den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Aber das allein tut es nicht:

Organisation, starke, politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter sind die Voraussetzungen des Fortschritts!

(Lebhafter Beifall.)

Einstimmig wurde nach den Referaten folgende Entschließung angenommen:

Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands legt lebhaften Protest ein gegen die durch Regierung und Unternehmer geplante Reaktion auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Deutschlands Wirtschaft wird überwiegend getragen durch den Warenabsatz auf dem Binnenmarkt. Die Ueberproduktion, die die Ursache der gegenwärtigen Krise ist, ist nicht bedingt durch die Spanne zwischen Produktion und Bedarf, sondern durch die Spanne zwischen Produktion und Kaufkraft. Eine Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer muß deshalb die Krise verschärfen. Notwendig ist eine Hebung des Reallohns durch Abbau der Preise. Dieser läßt sich herbeiführen durch Herabsetzung der preissteigernden Zölle und durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung.

Die Generalversammlung verkennt die schwierige Lage nicht, in der sich die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung befindet. Aber es handelt sich um das Schicksal von Millionen, die durch die geplante Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung mehr oder weniger hart betroffen werden. Das Reich hat die Pflicht, für die durch die kapitalistische Entwicklung brotlos Gewordenen zu sorgen, indem es der Reichsanstalt die fehlenden Mittel zur Verfügung stellt. Durch Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten kann das Reich einen großen Teil der erforderlichen Mittel beschaffen. Der andere Teil ist aufzubringen durch Erhöhung der Einnahmen des Reichs, wobei vor allem die leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung heranzuziehen sind.

Die Generalversammlung protestiert gegen die immer von neuem auftauchenden Pläne der Gefahrengemeinschaft der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die geplante Verschlechterung der Krankenversicherung, die von der Generalversammlung entschieden verurteilt wird, zeigt, wohin eine solche Verbindung von Versicherungsweigen führen muß, die auf ganz verschiedenen Voraussetzungen beruhen.

Die Generalversammlung erneuert alle Beschlüsse früherer Generalversammlungen, die sich mit dem Auf- und Ausbau der Sozialversicherung befassen. Sie verlangt vom Vorstand, daß er allen Bestrebungen, die auf den Abbau der Leistungen und auf die Beschneidung der Rechte der Versicherten hinarbeiten, mit allen Mitteln entgegentritt. Da Sparmaßnahmen auch in der Sozialversicherung gegeben sein muß, verlangt sie eine wesentliche Vereinfachung der gesamten Verwaltungsanstalten und eine Vereinheitlichung zusammengehöriger Versicherungsträger. Die Beschlüsse, die der Kongreß des ADGB in Hamburg im Jahre 1928 gefaßt hat, erkennt die Generalversammlung vollinhaltlich an.

Dringend wichtig erscheint auch die Anwendung des Artikels 161 der Reichsverfassung. Der Artikel verpflichtet den Versicherten maßgebende Mitwirkung in der gesamten Versicherung. Nach fast zwölfsjährigem Bestehen der Reichsverfassung ist diese Bestimmung noch nicht durchgeführt. In der Unfallversicherung schalten und walten die Unternehmer noch vollständig allein. Dieser Zustand ist so unhaltbar, daß er nicht länger geduldet werden kann. Das Aufgabengebiet der Berufsgenossenschaften ist durch die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wesentlich erweitert. Aus diesen und anderen Gründen haben die Versicherten nicht nur ein großes Interesse, sondern fühlen sich verpflichtet, hier im Interesse der Unfallverletzten und durch Berufskrankheit Erkrankten mitzuarbeiten.

In bezug auf die Knappschaftspensionsversicherung wird der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß, sobald sich die Verhältnisse in der Knappschaftspensionsversicherung einigermaßen stabilisiert haben und klar zu überblicken sind, die jetzt schon im Gesetz vorgesehenen Kannbestimmungen auf Erweiterung der Lohnklassen und sonstigen Verbesserungen angewandt werden.

Weiter wurden die folgenden Anträge 178 a und 178 b angenommen:

„Die Generalversammlung fordert von der Regierung und der Reichsanstalt, daß die Krisenunterstützung den in der Arbeitslosenversicherung ausgefallenen Bergarbeitern ohne besondere Beschlussfassung der Landesarbeitsämter gewährt wird. Die Massenentlassungen von Bergarbeitern, die in den letzten Monaten eingeleitet haben, kommen in aller kürzester Zeit zur Auswirkung. Zehntausende von Bergarbeitern stehen ohne jegliche Hilfe der Not und dem Elend gegenüber. Um diese drohende Gefahr abzuwenden, ist es dringend notwendig, daß die Krisenunterstützung auf dem schnellsten Wege für die Bergarbeiter in Kraft gesetzt wird.“

„Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die verantwortungslose Wirtschaftsführung durch die jetzigen Vertreter bzw. Eigentümer der Produktionsstätten. Sie stellt fest, daß die Produktion an Eisenerz, Schiefer, Metallerz und sonstiger Rohstoffe im Vergleich zum Vorkriegsstand ganz erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang, auch heute noch nicht abgeschlossen, hat dazu geführt, daß fast der gesamte Schieferbergbau zum Erliegen gekommen ist und daß die großen Konzerne der eisenhaltenden Industrie die Belegschaften der in ihrem Besitz befindlichen Gruben aus reinem Profitinteresse rücksichtslos dezimieren oder die Betriebe gänzlich schließen.“

Die Generalversammlung fordert von der Reichs- und den Staatsregierungen geeignete Maßnahmen in der Richtung der Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeit in den eingangs erwähnten Bergbauarten. Diese Maßnahmen dürfen auch vor einem Eingriff in die Verfügungsgewalt der Unternehmer nicht zurückweichen.“

Von der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition wird der Generalversammlung ein Brief überbracht, in dem mitgeteilt wird, daß von 448 Leuten, größtenteils Mitgliedern unseres Verbandes, die Wiederaufnahme der in Ober-schlesien Ausgeschlossenen gefordert werde. Diese Zahl werde noch wachsen, da die Unterschriftenammlung erst begonnen sei. Hufemann erklärt dazu, daß die Generalversammlung keine Verantwortung habe, auf diesen Brief einzugehen. Wenn sich gegen seinen Ausschluß nicht beschwert habe, erkenne die

Berechtigung des Ausschlusses an. Ueber die anderen Fälle habe die Generalversammlung entschieden, außerdem besteht die Möglichkeit für Ausgeschlossene, nach einem Jahre kameradschaftlichen Betragens auf Antrag der Zahlstelle wieder aufgenommen zu werden.

Kamerad Schudy gibt dann an Hand von Grubenbildern eine Darstellung des Unglücks im Kurtschacht der Wenzeslausgrube. Er bespricht die durch dieses Unglück aufgeworfenen technischen und wirtschaftlichen Fragen, auf die aber vor Abschluß der Untersuchung noch keine endgültige Antwort zu geben sei.

Oberberggraf Weber vom Oberbergamt Breslau ergänzt Schudys Ausführungen und sichert genaue Prüfung der Unfallursachen und gemeinsame Erwägungen mit den Arbeitervertretern zu, ob und was zur Sicherung gegen solche Katastrophen möglich sei.

August Schmidt teilt mit, daß die Volksfürsorge dem Verbandsvorstand 2000 M. zur Unterstützung von Hinterbliebenen verunglückter Bergleute überweisen habe.

Danach erhält Kamerad Hufemann das Wort zu seiner

Schlussrede.

Die Generalversammlung stand unter dem Schatten der Ereignisse von Hausdorf, von Koblenz und aus dem Erdbenegebiet Italiens. Die Bergleute, immer gewohnt, in der Gefahr zu arbeiten, nehmen an solchen Katastrophen tiefen Anteil.

Nach dem vorzüglichen Verlauf unserer Generalversammlung haben wir alle Veranlassung, denen zu danken, die uns dabei mitgeholfen haben. Wir danken vor allem den Breslauer Gewerkschaftskollegen für die außerordentlich gute Vorarbeit. Wir danken der Gewerkschaftsjugend für den glänzenden Auftakt, den sie unserer Tagung gegeben hat. Die Jugend vor allem hat uns gezeigt, daß unsere Bewegung marschliert. Wir danken den sonstigen Mitwirkenden, dem Volksschor, den Musikern, ebenso der Presse für ihre Berichterstattung.

Die Berichterstattung über die verlassene Verbandsarbeit und die Debatte darüber hat uns gezeigt, daß wir manches erreicht haben, daß aber noch viel mehr Arbeit vor uns liegt. Unser Verbandsgesetz, das Statut, wurde verbessert, Lücken in ihm geschlossen. Der Gesamtverwaltung wurde Entlastung erteilt und bemerkenswerterweise erfolgte die Wiederwahl einstimmig. Das ist seit 1903, von welcher Zeit an ich dem Vorstand angehöre, zum ersten Male geschehen. Die Gewählten werden daraus den Ansporn entnehmen, ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Bewegung zu stellen.

Wir haben zu den Fragen der Arbeitszeit, des Lohns und Arbeitsrechts, zur Frage der nationalen und internationalen Wirtschaft und zur Sozialpolitik Stellung genommen. Wir haben zur Frage des Lohnabbaues deutlich unsere Meinung gesagt. Soeben erhalten wir Mitteilung von einem Briefwechsel der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition mit dem Zechenverband im Ruhrgebiet. Danach hat diese Opposition die Kündigung der Lohnordnung vom 30. September, die Kündigung des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens beschlossen wurde. Die Industriegruppenleitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition erbietet sich zu neuen Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages. (Diese Mitteilung sowie die ablehnende Antwort des Zechenverbandes werden von der Generalversammlung mit Gelächter aufgenommen.) Hufemann sagt zu dieser Komödie: Nach unserem Statut geschieht daselbe, was die Opposition vorschlägt. Auch wir nehmen Tarifverträge nur an nach Zustimmung der Revierkonferenz. Bei uns nennt aber die Opposition ein solches Vorgehen Ruhschandel und Verrat!

Die kommenden Wochen und Monate bedeuten für die Arbeiterschaft Zeiten schwerer Kämpfe.

Geheimrat Bücher sagte einmal, daß die Gewerkschaften dafür gesorgt hätten, daß der Arbeiterlohn in Deutschland gesteigert, die Massentaufkraft gestärkt worden sei und daß dadurch die Wirtschaft Befruchtung erfahren habe. Diese Feststellung gilt auch für die Zukunft und deshalb ist nicht Lohnabbau, sondern Preisabbau insbesondere durch Beseitigung unnötiger Zwischengewinne notwendig. Die Frage der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, die Fragen der Steuerbelastung und der sozialen Fürsorge bilden den Gegenstand heftiger Kämpfe in den nächsten Wochen.

Wir haben unsere Beschlüsse hier nach hochstehender Debatte durchweg einmütig gefaßt. Wir gehen jetzt wieder hinaus in die Reviere, jeder an die Stelle, an die ihn die Organisation oder das Wirtschaftsleben gestellt hat. Als gute Demokraten werden wir die Beschlüsse dieses Verbandstages vertreten und darüber hinaus unseren Kameraden zurufen:

Schließt euch in Erkenntnis der großen Gefahr, die der Arbeiterschaft von der sozialen Reaktion droht, enger zusammen als je!

Das Heer der 200 000 Kämpfer unseres Verbandes muß immer größer und größer werden, um so besser können die Interessen der Bergarbeiter und der Gesamtheit der Arbeitenden vertreten werden. Diese Einigkeit und diese Steigerung der Macht brauchen wir besonders angesichts der Reichstagswahl. Diese Neuwahl wurde notwendig, weil die Sozialdemokratie den Verfallungsbruch der Brüning-Regierung nicht gutheißen konnte. Eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die schwebenden Fragen wäre durchaus möglich gewesen, aber der Bürgerblock wollte keine Bestätigung, sondern soziale Reaktion. Dagegen kann es nur schärfsten Kampf geben. Gehen wir deshalb hinaus in die Reviere zu neuer Verbandsarbeit und zur Aufklärung der Bergleute dahin, daß für sie von dem Ausgang der Wahl am 14. September ungeheuer viel abhängt. Arbeitsschutzgesetz, Bergarbeitsgesetz, Sozialversicherungsgesetze aller Art sind in die Hand des neuen Reichstages gegeben und deshalb ist es für die Bergleute ungeheuer wichtig, daß dieser neue Reichstag eine starke sozialdemokratische Fraktion aufweist. Moldenhauer wie Scholz brachten verschiedentlich zum Ausdruck, daß ohne und gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Deutschland auf die Dauer nicht regiert werden könne. Der Ausfall der Reichstagswahl muß die Bestätigung dieser Auffassung bringen!

Die Arbeiterbewegung hat nicht nur die Aufgabe, die augenblickliche Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, sondern sie strebt nach dauernder Beseitigung der Ausbeutung durch den Ertrag der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, die allein imstande ist, die Menschheit zur höheren Kultur zu führen. Alle Keime dieser neuen Wirtschaftsordnung sind, wie Karl Marx das prophetisch vorausgesehen hat, in der kapitalistischen Wirtschaft mehr oder weniger entwickelt vorhanden. Sie zum Durchbruch zu bringen, ist unsere Aufgabe. Dafür brauchen wir aber das Zusammenarbeiten aller, der Partei, der Gewerkschaften, der

Genossenschaften. Dabei helfen uns keine Phrasen, keine Entschuldigungen, sondern nur praktische Arbeit. Wir alle glauben an das hohe Ziel unserer Bewegung. In diesem Sinne wollen wir ringen und kämpfen und unser Streben zusammenfassen in den Ruf: Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, die Internationale und die ganze Klassenbewußte Arbeiterbewegung, sie leben hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert in diesen Ruf ein und singen danach stehend drei Verse von Kämpchens Lied: Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht!

Hierauf schließt Aug. Schmidt die 27. Generalversammlung.

Am letzten Tage der Generalversammlung legte eine Deputation am Grabe Ferdinand Lassalles einen Kranz nieder mit der Aufschrift: „Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands dem Erwecker der deutschen Arbeiterklasse“.

Ein Nachwort zu Hausdorf.

Ueber die große Grubenkatastrophe auf der Wenzeslausgrube in Neurode berichtete auf unserer Generalversammlung Kamerad Schudy:

Abschließendes kann über das Unglück und seine Ursachen noch nicht gesagt werden. Das ist Sache der Grubensicherheitskommission und der Behörden. Nicht alle Gruben des Waldenburger Reviers sind kohlenstoffgefährlich. Für diese Gefahr kommen hauptsächlich die Gruben des Bergreviers Waldenburg-Ost in Frage, und zwar die Wenzeslausgrube, die Rubengrube und die Sophiengrube. Alle sichtbaren Kohlenstoffausbrüche werden im Bergrevier notiert und man zählte deren seit 1924 etwa 400. Im Jahre 1930 sind bisher auf der Wenzeslausgrube 14, auf der Rubengrube 16 Kohlenstoffausbrüche passiert. Ein solcher Ausbruch wie der vorliegende ist bisher im Revier noch nicht vorgekommen. Er übertreft sowohl an Ausbruchsmassen als auch an Zerstörungen alle bisherigen Ausbrüche im Revier und mit seiner ganzen Anzahl an Opfern alle Kohlenstoffausbrüche im Bergbau der Welt.

Die Gebirgsverhältnisse sind im Waldenburger Revier allgemein viel schlechter als anderwärts, besonders schlechter als im Ruhrgebiet. Die Flöze sind sehr stark gestört. Bergmittel von verschiedener Mächtigkeit und Wülste im Hangenden und Liegenden wechseln ständig ab.

Die in Frage kommenden Flöze haben ein Einfallen von 30 bis 35 Grad, die Abbaustöße eine Höhe bis zu 200 Metern. Die feigere Höhe zwischen den Sohlen beträgt rund 100 Meter. Die Abbaustöße reichen von einer Sohle zur andern. Die große Stöhhöhe wird mit Absicht gewählt. Das Flöz Wenzeslaus ist etwa 2 Meter mächtig.

Von der Bergbehörde sind besondere Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen bei Gasausbrüchen angeordnet. Jede Steigerabteilung ist mit sogenannten Schieß- oder Kohlenstofftüren verschließbar. Geschossen wird gegen Ende der Schichtzeit. Vor der Tür liegen Belegstiftlisten auf. Vor dem Abschließen werden die Leute verlesen, und erst wenn die gesamte Belegschaft aus dem Bau heraus ist, werden die doppelten Schwer eisernen Türen geschlossen und verschraubt. Hinter den Türen wird eine Benzinsicherheitslampe aufgestellt, die durch eine besondere Vorrichtung von der anderen Seite beobachtet werden kann. Sollte beim Schließen ein Kohlenstoffausbruch vorkommen — und das kommt sehr oft vor —, dann zeigt die Sicherheitslampe das Herannahen der Kohlenstoffgase an.

Nach Ansicht der Bergfachleute ist es richtig, den Abbau in möglichst hohen Stößen vorzunehmen. Die Kohle hat dadurch eine bessere Entgasungsmöglichkeit und die Gefahren werden vermindert. Der hier in Frage kommende Kohlenstoß rückte monatlich um etwa 15 Meter vor.

Das Unglück passierte auf der dritten Sohle, 17. Steigerabteilung, Flöz Wenzeslaus. (Redner erläutert die örtlichen Verhältnisse durch verschiedene Grubenbilder.) Die sich ausbreitende Kohlenstoffgase drang auch in die 18. Steigerabteilung (3. und 5. Wilhelmflöz) ein. Dort wurden noch viele Kameraden getötet.

Nach dem Unglück war die Sohlenstrecke unterhalb des Abbaustößes des Flözes Wenzeslaus mit Kohlenstaub verweht. Die Förderwagen waren durcheinandergedrückt und an einer Stelle ist auch das Gebirge nachgebrochen. Die Anwehungen gingen in der Sohlenstrecke etwa 50 Meter vom Kohlenstoß entfernt an. Von da aus stiegen sie langsam an und füllten etwa 20 Meter vom Kohlenstoß entfernt die ganze Strecke. Der Abbaustöß war von unten herauf bis zu etwa 70 Meter Höhe zugeweht. Teilweise zeigten sich kleine Brüche.

Während in den offengebliebenen Grubenräumen die Toten verhältnismäßig leicht geborgen werden konnten, lagen in den verwehten Teilen etwa 50 Verunglückte, die erst während den Aufräumungsarbeiten geborgen werden konnten.

Die erste Meldung erstattete telephonisch ein Kamerad nach oben. Er war mehrere hundert Meter weit von den Unglücksrevieren entfernt. Er konnte nur sagen, daß ein heftiger Luftstoß Staub und Dreß aufgewirbelt habe. Der Beamte, der oben die telephonische Meldung empfing, versuchte telephonischen Anschluß mit den Unglücksrevieren. Er erreichte auch sehr bald den Steiger der 18. Abteilung. Auch dieser Steiger konnte nichts Bestimmtes sagen. Er erklärte nur, daß scheinbar die Wetterführung verkehrt gehe, dann hängte er plötzlich ein. Man fand ihn später nicht weit vom Telephon entfernt tot auf. Die Rettungsaktion funktionierte nach Lage der Dinge gut. Als man sich während der Rettungsaktion klar war, daß im Revier 17 unmöglich noch Lebende vorhanden sein könnten, schloß man die Schließtüren dieser Abteilung, so daß nunmehr der gesamte Wetterzug durch die 18. Abteilung gehen mußte. Auf diese Weise rettete man noch 49 Kameraden der 18. Abteilung lebend, und zwar 46 im 3. Wilhelmflöz und 3 im 5. Wilhelmflöz.

Als man mit den Aufräumungsarbeiten etwa 18 Meter im Abbaustöß hochgekommen war, wurden die ersten Auspuffkanäle gesichtet. Etwas weiter hinauf bei etwa 30 Meter Höhe stieß man auf das vollständige Flöz. Es stellte sich heraus, daß ein ungeheurer Block aus dem Flöz in der vollständigen Flözmächtigkeit zwischen Liegendem und Hangendem unverbrochen ausgestoßen und gegen den Bergeversatz gedrückt wurde.

Im Flöz Wenzeslaus wurden die unteren 150 Meter durch zwei Schrämmaschinen abgebaut, die oberen 50 Meter wurden geschossen. Die untere der beiden Schrämmaschinen befand sich zur Zeit des Ausbruchs in etwa 44 Meter Höhe ungefähr in der Mitte des ausgestoßenen Flözblockes. Sie wurde mit diesem

gegen den Bergeversatz gedrückt. Das Gebirge war an der Stelle auffallend gut und regelmäßig. Nach meiner Meinung hat die Regelmäßigkeit des Gebirges das Unglück vergrößert, denn nur dadurch war es möglich, daß ein ganzes Flözstück herausgeschoben werden konnte. Wäre das Gebirge wulstig gewesen, dann war das Ausstoßen eines solchen großen Blocks kaum möglich. Ob hinter dem Block noch etwas Besonderes steckt (Störung oder dergleichen), wird man erst sehen, wenn die Auspuffkanäle freigelegt sind.

Es wurden gleich nach dem Unglück Stimmen laut, daß die Schrämmaschine schuld an dem Unglück sei. Jetzt, nachdem man die Schrämmaschine gefunden hat, kann man immer noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob sie die wirkliche Ursache ist. Wir müssen das Urteil der zuständigen Instanzen abwarten.

Die Kohlenstoffe sind nach meiner Ansicht ein tüchtigeres Element als die Schlagweitere. Natürlich können auch Schlagwetter plötzlich auftreten. Aber bei Schlagwetterunglücken kann man in der Mehrzahl menschliches Mitverschulden finden. So haben wir auf der Friedenshoffnunggrube vor mehreren Monaten eine Schlagwetterexplosion schimmiger Art gehabt. Dort arbeitete man in einem Gesenk, das fast 100 Meter tief und vollkommen unzulänglich bewettert war. Die Sache hat das Gericht beschäftigt und ich muß sagen, daß der Ausklang der Gerichtsverhandlung ein Attentat auf die Gewissenhaftigkeit im Bergbaubetrieb ist. Die Unternehmer haben ihre gewiegtesten Sachverständigen dort hingeschickt, die statt Klärung Verschwoemtheit hineintrugen. Wenn ein Sachverständiger sagt, daß die Bewetterung in diesem Unglücksgefent hinreichend war, so ist das entweder mangelnde Kenntnis oder Gemisstenlosigkeit.

In dem Unglücksstoß wurde vorgebohrt und mit Manometer der Gasdruck in der Kohle gemessen. Diese Arbeit nahmen die Leute selbst vor. In den letzten Tagen hat insbesondere ein Betriebsauschufsmittelglied die Messungen vorgenommen. Ein besonderer Gasdruck wurde nicht festgestellt.

Wenn aus dem letzten Unglück Schlussfolgerungen gezogen werden müssen, dann können sie sich nicht nur auf die Unglücksabteilung, sondern auch auf alle anderen Betriebe und Gruben, die mit Kohlenstoffgasen zu rechnen haben, erstrecken.

* *

Wie es immer bei Bergwerkskatastrophen ist, rief auch das Unglück auf dem Kurtschacht der Wenzeslausgrube Mitgefühl in der ganzen Welt hervor. Im Reichstag, der zur Zeit des Unglücks tagte, löste dieses Sympathieundgebungen und Anträge auf Unterstützung der Hinterbliebenen aus. Nach Beratungen im Haushaltsausschuß gelangten im Reichstag diese Anträge in der Form zur Annahme, bis zu 1 Million Mark dem Bergmannsfonds für das niederschlesische Steinkohlenrevier beim Oberbergamt Breslau zur Unterstützung der Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Bergleuten des Waldenburger-Neuroder Steinkohlenbezirks und ferner zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirkes zur Verfügung zu stellen.

Im Ausschuß hatte Kamerad Hufemann auf die niedrigen Löhne in Niederschlesien und die daraus resultierenden niedrigen Renten für die Hinterbliebenen verwiesen, die eine Sonderunterstützung notwendig machten. Er hatte auch hier begründet, daß man nicht nur bei Massenunfällen helfen, sondern auch die Hinterbliebenen der einzelnen zu Tode gekommenen Bergleute sichern müsse.

Die traurige Angelegenheit wurde von den Kommunisten im Reichstag und in ihrer Presse benutzt, um die Sozialdemokraten, insbesondere aber den Bergarbeiterverband, als schuldig an diesem Massenunglück hinzustellen. Die kommunistische Presse wagte es sogar, den Umstand für sich in Anspruch zu nehmen, daß auch Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen für den abgeschwächten Antrag gestimmt haben. In jenen Tagen hatte die Deutsche Volkspartei einen Antrag auf Verschlechterung des Knappheitsgesetzes eingebracht. Unter dem Eindruck des Massenunglücks schämte sie sich, diesen Antrag weiter zu verfolgen, deshalb verschwand er in der Versenkung. Wie hätte es in diesen Tagen überhaupt jemand wagen können, gegen einen solchen Unterstützungsantrag zu stimmen?

Die kommunistische Presse wagte es, angesichts der Reichstagsdebatten über das Unglück in dicken Ueberschriften den Lesern zu verkünden:

„Wer verteidigt die Neuroder Mörder? — B.V. Limberg! Hufemann und Limberg schügen die Verbrecher von Hausdorf!“

Ebenso unverschämt verhielt sich der kommunistische Abgeordnete Jaddasch in der Sitzung des Reichstags vom 15. Juli, in der die Unterstützung beschlossen wurde. Zur Rechtfertigung der Stellungnahme unseres Kameraden Hufemann im Ausschuß, daß die Unterstützungssumme auch verwendet werden sollte zur Unterstützung von Hinterbliebenen bei einzelnen tödlichen Unfällen im niederschlesischen Revier, braucht eigentlich gar nichts gesagt zu werden. Auf Massentauftrag sind nur wenige Prozent der Todesopfer zurückzuführen, die der Bergbau überhaupt fordert. Bei Massentauftrag regt sich allgemein das Mitleid, während an die Zehntausende von Bergleuten, die jahraus, jahrein verunglücken, kaum jemand außerhalb des engeren Kreises denkt. Deshalb wollen wir, wie es in Niederschlesien schon seit Jahresfrist geschieht, daß aus dem Unterstützungsfonds auch den Hinterbliebenen derjenigen Kameraden Unterstützung zuteil wird, die einzelnen tödlich verunglücken. Nachdem Hufemann diesen Standpunkt im Reichstag einwandfrei begründet hatte, legte Jaddasch los zu einer Schimpfepistel auf die Sozialdemokraten und den Bergarbeiterverband. Sie hätten sich im Krieg schüßend vor die Kriegsglocke, im Rapp-Butsch schüßend vor die Kappisten gestellt, General Watter, Severing und Zörgiebel müßten herhalten, um die Schlechtigkeit in der Sozialdemokratie zu beweisen.

Kamerad Limberg nahm Veranlassung, Jaddasch kurz zu erwidern. Er konnte sich anfänglich kaum Gehör verschaffen, so brüllten die Kommunisten: Arbeitermörder usw. Der Präsident mußte erst einige Ordnungsrufe erteilen, ehe die Ruhe hergestellt war. Limberg wies darauf hin, daß niemand soviel zur Verhütung der Unglücksfälle im Bergbau getan habe, wie der Bergarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei. Seit 40 Jahren habe der Verband seine Anklagen auf diesem Gebiet erhoben, von dieser Stelle im Reichstag habe Otto Hue so manches Mal an das Gewissen der Öffentlichkeit appelliert, dem Bergmann den Schutz zu geben, der möglich

fel. In diesem Augenblick, in dem die Räumungsarbeit in der Grube kaum begonnen sei, erscheine es allerdings verfrüht, eine abschließende Meinung über die Schuldfrage zu äußern. Er wies darauf hin, wie seit 1904 die Kohlenfäureausbrüche in Niederschlesien studiert würden, wie seit 1921 ein Ausschuss zur Untersuchung der Ausbrüche gearbeitet habe. Er führte an, daß von 1909 bis 1910 über 8 Prozent, von 1911 bis 1920 über 4 Prozent und von 1921 bis 1925 über 2 Prozent der Kohlenfäureausbrüche mit Unfällen verbunden waren, so daß man aus dieser Entwicklung schließen mußte, daß die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen doch nicht ohne Erfolg waren. Lärmende Zurufe der Kommunisten verrieten, daß sie von diesen Ausschüssen und von den veröffentlichten Berichten überhaupt keine Ahnung hatten. Die Unverschämtheit der Kommunisten zeigte sich besonders in einem Zuruf an Limberg: „Was bekommst Du für diese Rede?“

Die Mut der Kommunisten war begreiflich, besonders nachdem Limberg auf Unfälle im russischen Bergbau hingewiesen hatte. Es ist ja auch zu unangenehm, aus dem „Trub“ vom 3. August 1929 festzustellen zu sehen, daß bei der Katastrophe in Schacht im Donesgebiet die Verunglückten mit Wissen der Gewerkschaften ununterbrochen 13 Stunden in der Grube gearbeitet waren!

Eine andere Frage, die aber an diesem Tage nicht zu erörtern war, ist es natürlich, ob alles Erforderliche zur Verhütung des Unglücks geschehen ist. Eine weitere Frage ist, inwieweit die erbärmliche Lebenshaltung der niederschlesischen Bergarbeiter, die zunehmende Technisierung der Betriebe, die mit der Mechanisierung gesteigerte Intensität der Arbeit in der Grube unfallssteigernd wirkt. Selbstverständlich verlangen wir eine genaue, strenge Untersuchung der Unfallursachen unter Beteiligung der dazu bestimmten Arbeitervertreter, wie dies auch in einer großen Anfrage der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion zum Ausdruck kommt.

Wie ernst es uns mit einer strengen Untersuchung der Unfallursachen ist, zeigt das Verhalten unserer Organisation bei allen derartigen Katastrophen. Unser Verband war es, der in der Vorbereitungszeit und später durch Ausdeckung der Mängel in den Gruben für besseren Grubenschutz sorgte. Unser Verband war es, der vor und nach Massenunfällen eine warnende und anklagende Stimme erhob und gegen den organisierten Willen der Unternehmer, gegen den Widerstand der Staatsbehörden manchen Fortschritt auf diesem Gebiet erzwang. Unser Verband war es, der nach jedem Unglück auf strengste Untersuchung im Beisein der Arbeitervertreter bestand. Unser Verband war es, der bei dem vorjährigen Unglück auf der Friedenshoffnunggrube strengste Untersuchung forderte, der den Freispruch des Gerichts in diesem Fall, der sich stützte auf unverantwortliche Darlegungen von Sachverständigen, für ein ungeheuerliches Fehlurteil hielt und der alles daran setzte, in einem neuen Verfahren diesen Fall so aufzuklären, wie es notwendig ist. Wir haben wirklich das Urteil der Öffentlichkeit in solchen Fällen nicht zu scheuen, wir lehnen es aber ab, angesichts eines solchen Trauerfalls Komödie zu spielen.

Herr Holtermann und Hausdorf.

Dieser Herr nahm in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 27. Juli Stellung zu der Neuroder Katastrophe, indem er kategorisch feststellte: „Menschliches Verschulden kommt nicht in Frage“.

Wir stimmen mit Holtermann in der Beurteilung der Methode überein, bei einem solchen Unglück von vornherein, vor Abschluß der Untersuchung, einen Schuldigen festzustellen. Aber Holtermann begeht eine Geschichtsfälschung, wenn er seine Ansicht auch unseren Kameraden in der Verbandsleitung unterschiebt. Im Reichstag haben weder Hufmann noch Limberg gesagt, daß menschliches Verschulden nicht in Frage komme, sondern sie haben nur abgelehnt, vor Abschluß der Untersuchung ein Urteil zu fällen. Wenn Holtermann unseren Kameraden Schuld auf der Generalversammlung jagen läßt: „Ein menschliches Verschulden komme bei dem Neuroder Unglück nicht in Frage“, so ist auch hier Holtermann ganz falsch unterrichtet. Schuld hat klar und deutlich gesagt: „Noch wissen wir nicht!“

Wenn Herr Holtermann dann eine solche Nichtschuld für selbstverständlich hält und sich dabei auf den Prozeß bezieht, der nach dem Unglück auf der Friedenshoffnunggrube stattfand, so stellen wir hier wiederholt fest, daß wir dieses freizeichnende Urteil für ein ungeheuerliches Fehlurteil halten und seine Revision verlangen!

Dann erlaubt sich aber Herr Holtermann noch eine Feststellung, die, gewollt oder ungewollt, reaktionär, arbeiterfeindlich ist und deshalb hier festgehalten werden soll. Er schreibt:

„Herr Hufmann hat im Reichstag einen Ausbau der Sozialversicherung dahingehend gefordert, daß die Bergmannshinterbliebenen geschützt werden. In der Öffentlichkeit scheinen die Bestimmungen über die Rentenversorgung im Bergbau noch wenig bekannt zu sein. Die in Hausdorf hinterbliebenen Witwen und Eltern haben sofort einen Betrag von 200 bis 250 M. erhalten. Eine Witwe mit zwei oder drei Kindern bekommt von der Knappschafts-Berufsgenossenschaft (Unfall-Versicherung) vier Fünftel des gesamten Jahresverdienstes des Mannes als Rente. Dazu können noch knappschaftliche Bezüge im Rahmen des § 108 Absatz 2 gemährt werden.“

Herr Holtermann scheint der Ansicht zu sein, daß man mit den 200 bis 250 M. für die Familie schon recht viel des Guten getan habe. Wenn Herr Holtermann fürbe (wir wünschen es ihm nicht, schon weil wir ihn vorkommendenfalls mal wieder vernommen möchten!), so langten 200 M. doch wohl kaum für die Trauerkleidung seiner Frau! Frivol oder dumm ist aber der letzte Satz seiner Bemerkung. Herr Holtermann hat den § 108 des Reichsknappschaftsgesetzes entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Der letzte Satz lautet:

„Treffen mehrere Hinterbliebenenrenten aus der Pensionsversicherung mit Renten aus anderen Versicherungen zusammen, so ruhen sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe, soweit die Gesamtbezüge für Hinterbliebene 80 Prozent des nach Absatz 1 maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes übersteigen.“

Also selbst beim Zusammenrechnen mehrerer Renten bekommt die Witwe auch bei der Höchstzahl der Kinder nicht mehr als 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes! Wie gering diese Renten sind, scheint Herr Holtermann ebenfalls nicht zu wissen.

Der Hauerdurchschnittslohn des Neuroder Reviers betrug im Mai d. J. 6,19 M., der Durchschnittslohn der Schlepper 5,22 M. Die Höchstrente bei der höchsten Kinderzahl würde demnach bei der Witwe eines Hauers 123,80 M., bei der Witwe eines Schleppers 104,40 M. betragen.

Großartig ist Herr Holtermann künftig bei seinen Liebesdiensten für Untertunlichkeit und Sozialreaktion etwas vorzichtiger!

Eine kommunistische Tariffündigungs- komödie.

Am 6. Juli hat bekanntlich eine von der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Revierkonferenz für das Ruhrgebiet in Bochum stattgefunden. An dieser Konferenz sollen Vertreter von 100 Schachtanlagen teilgenommen haben, darunter auch parteilose, christliche und sozialdemokratische Bergleute.

Zunächst ist uns bekannt, daß die Leitung der Revolutionäre in Essen außerordentlich bedauert (allerdings nicht öffentlich), daß nicht mehr als 100 Schachtanlagen von der Konferenz erfaßt wurden. Sie hat das ausdrücklich als einen Mißerfolg zugegeben. Sie hat weiter eingestanden, daß zwar christliche und sozialdemokratische Bergleute als Delegierte zu dieser Konferenz gewählt wurden, daß sie aber nicht erschienen! Diese Umstände macht sie zum Gegenstand einer Mahnung an ihre Anhänger, mit aller Energie sich der Agitation unter christlichen und sozialdemokratischen Bergleuten zu widmen und sie für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen. Wir wissen auch sonst noch einiges über die Schwäche dieser revolutionären Bewegung, haben aber keine Veranlassung, heute darauf einzugehen.

Nach der Konferenz hat die sogenannte Industriegruppenleitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition an den Zechenverband folgendes Schreiben gerichtet:

„Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß die Bochumer Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Kündigung der Lohnordnung zum 30. September und die Kündigung des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens beschlossen hat. Die Delegierten der Konferenz verlangen grundsätzlich den gleichzeitigen Abschluß des Manteltarifs und der Lohnordnung und ist daher der Neuabschluß der Lohnordnung und des Manteltarifs zum 30. September notwendig.“

Die Konferenz beauftragt die Industriegruppenleitung Bergbau des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifs durchzuführen. Einen Termin über die Verhandlungen, in der wir die Forderungen der heutigen Konferenz überreichen werden, erfragen wir baldmöglichst anzugeben.

Ein eventueller Hinweis Ihrerseits, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kein Tarifkontrahent ist, ist wohl dadurch hinfällig, daß allein bei den Betriebsrätenwahlen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition bedeutend mehr Stimmen erhalten hat, als die polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Duncker-Gewerkschaftsbund, und stärker ist als der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Somit ist die Frage der Tariffähigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Genüge geklärt.

Wir sind bereit, im Namen der Konferenz den Tarifvertrag mit Ihnen abzuschließen, nachdem die Zustimmung einer Delegiertenkonferenz aller Schachtanlagen vorliegt.“

Der Zechenverband hat unter dem Datum vom 21. Juli in einem Schreiben an das Bezirkskomitee der R.G.D. nach Essen, Kastanienallee 34, geantwortet, das folgenden Inhalt hat:

„Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 15. Juli d. J., mit dem Sie uns von dem Beschluß der Bochumer Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition Kenntnis gegeben haben, die Kündigung der Lohnordnung zum 30. September und die Kündigung des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens durchzuführen. Wir weisen darauf hin, daß die Kündigung der genannten Tarifabkommen lediglich durch die Vertragsparteien des Tarifvertrages, zu denen Ihr Bezirkskomitee nicht gehört, erfolgen kann. Die in Ihrem Schreiben vom 15. d. M. ausgesprochene Kündigung ist daher rechtlich ohne Bedeutung.“

Die Geschäftsführung. (Unterschrift).“

Unser Verbandsvorsitzender Hufmann hat schon auf der Generalversammlung unseres Verbandes in Breslau das lächerliche und arbeiterfeindliche Treiben dieser Leute treffend gekennzeichnet. Wir wollen hier noch einiges hinzufügen. Mit dem Aufputzen eines kleinen Teils der Ruhrbelegschaft (und mehr erfaßt diese Opposition auf keinen Fall) ist natürlich Gutes für die Bergarbeiterchaft nicht zu erreichen. Ein solcher Weg kann nur gewählt werden von Leuten, welche die Hoffnung haben, in dieser trüben Zeit auf solche Weise Putz- und Krawalle hervorzurufen, bei denen sie für ihre Ziele im Trüben fischen können.

Das Streben unseres Verbandes, das Reale in dem der Bergarbeiterchaft zu halten und zu bessern, wird von keinem ehrlich denkenden Menschen bestritten. Das Geschrei der Unternehmer nach Lohnabbau ist der beste Beweis für die Erfolge des Verbandes. Ob eine Gewerkschaft eine abtaufende Lohnordnung, einen Tarif kündigt, wird sie nach sorgfältiger Überlegung aller Umstände bestimmen. Kommt es zu Maßnahmen, die einen Arbeitstempel auslösen können oder müssen, so wird ihr Bestreben darauf gerichtet sein, alle Kräfte zusammenzufassen, um die Bewegung zu einem guten Ende zu führen.

Das alles kommt für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition natürlich nicht in Frage! Sie stellt Forderungen auf, über deren Wünschbarkeit man nicht zu streiten braucht, während man über die Möglichkeit der Durchführung in der gegenwärtigen Zeit anderer Meinung sein muß. Sie blamiert sich durch Briefwechsel mit den Unternehmern, vor allen Dingen aber sucht sie die Organisation der Arbeiter zu zerschlagen! In derselben Nummer, in der das „Ruhr-Echo“ die Mitteilung von dem Brief an den Zechenverband macht, findet sich eine Notiz, wonach in Welheim in einer Belegschaftsversammlung 44 neue Mitglieder für die abgefallene Zahlstelle gewonnen wurden. Dabei wird mitgeteilt, daß diese Werbung fortgesetzt werden soll.

Ein solches Vorgehen bedeutet den systematischen Versuch, die Organisation der Bergleute zu zerschlagen. Es ist selbstverständlich, daß unser Verband sich gegen diese Organisationszerstörer wendet und jeden, der diese Arbeit unterstützt, aus seinen Reihen entfernt! Es ist nur gut, daß diese Arbeit der Opposition keine Aussicht auf Erfolg hat. An sich ist sie die beste Unterstützung für das Unternehmertum, die man sich denken kann!

Die Unternehmer erwägen ebenso wie die Gewerkschaften, ob sie ihrerseits zu einer Kündigung von Lohnordnung oder Tarif schreiten sollen. Nach einem Artikel in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ bestehen Bedenken gegen die an und für sich für notwendig gehaltene Kündigung deswegen, weil dieser Arbeitstempel mitten in den Reichstagswahlen hineinfallen würde. Wie die Dinge sich entwickeln, ist heute also noch von keiner der Vertragsparteien entschieden. Um so notwendiger wäre es, die Einigkeit der Bergleute aufrechtzuerhalten für kommende Kämpfe, die ihrer ganzen Natur nach schwer und verhängnisvoll werden müssen. Aber was fragen die Moskauer Strategen nach Einigkeit der Arbeiter, was fragen sie nach wirklichen Erfolgen der Gewerkschaften! Ihnen kommt es nur darauf an, vorhandene Not, Mißstimmung und Verzweiflung auszunützen zur Zerschlagung altbewährter Organisationen, um ein Durcheinander zu erreichen, in dem sie mit Aussicht auf zeitweiligen Erfolg ihre Parteiluppe locken können.

Wenn wir auch diese Bestrebungen nicht für sehr ernst nehmen, wenn wir auch von ihrem selbstverständlichen Mißerfolg überzeugt sind, so ist es doch notwendig, daß unsere Kameraden diesen Organisationszerstörern auf die Finger sehen, ihr gewerkschaftsfeindliches Treiben anprangern und ihm entgegenwirken, wo sie nur können! Stärkt die Reihen unseres Verbandes, weil diese Stärkung notwendig ist für den gewerkschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt!

Kritik an Verbandsangelegenheiten.

Fortlaufend verschlechtert sich die Lage des Arbeiters. Kurzarbeit, Lohnabbau, Entlassung ist heute die Tagesordnung. Die Zahl der erwerbslosen Arbeiter hat eine Höhe erreicht, die man noch vor Jahren als unmöglich bezeichnet hätte. Nun zu diesem noch die Kampfansage des Arbeitgebers. Er hofft, die Arbeiter infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse müde zu finden. Der Kampf des Arbeitgebers wird sich nicht nur gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter richten, sondern das Endziel des Kampfes wird auf eine Zermürbung der gewerkschaftlichen Macht hinarbeiten — auf das Einzige, das Wertvolle, was die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit besitzt. Ohne eine starke, auf gesunder Grundlage aufgebaute Gewerkschaft wird die Arbeiterchaft der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert sein. Je schlechter die Zeiten für die Arbeiter, desto mehr interessiert er sich für die gewerkschaftliche Arbeit. Die Versammlungen weisen einen besseren Besuch auf, der einzelne interessiert sich mehr für die Bewegung, meist nur aus persönlichem Interesse. Aber man kann in diesen Krisenzeiten auch eine andere Beobachtung machen. Die Kritik an Verbandsangelegenheiten mehrt sich und wird gerade in einer Zeit, die eine geschlossene und einige Arbeiterchaft finden sollte, in der unschlüssigen Weise geführt. In den Versammlungen tauchen neue Geister auf, Menschen, die in jedem zweiten Satz vom Klassenkampf reden, die auch besonders gern ein wenig über die Führer des Verbandes herfallen. Ueber diese unschlüssige Kritik, die ja meist von Menschen geübt wird, die sich durch die wenigste Sachkenntnis beschwert fühlen, möchte ich nachfolgend einige Sätze schreiben.

Mitglied und Führer! Ueber dieses Problem ist schon in unzähligen Fällen Kritik geübt worden — Kritik, die nur in den wenigsten Fällen sachlich war, die aber in den meisten Fällen dem Verbands, unserer Organisation, Schaden zugefügt hat. Es gibt Kameraden, die in jeder Versammlung darauf hinweisen, daß sich das Verhältnis zwischen den führenden Personen unserer Organisation und den Mitgliedern von Jahr zu Jahr erweitert und gelockert hätte. Unter diesen kritikübenden Kameraden sind aber viele, die in vielleicht nur unbedachter Weise jahrelang nichts anderes getan haben, als selbst die Luft zwischen Mitglied und Führung zu erweitern.

Gerade zu diesem vorgenannten Punkte führt man oft Begründungen an, die man als gefällig und nichtig bezeichnen kann. Menschen, die Jahrzehnte für unsere gewerkschaftlichen Forderungen gekämpft haben, auch zu einer Zeit, die die schwersten persönlichen Opfer erforderte, werden in einer Weise angegriffen, die geradezu beschämend ist. Wenn man anführt, daß die Einstellung der Führer eines gewerkschaftlichen Kampfes von den Massen nicht verstanden wird, so ist damit noch lange nicht der Beweis erbracht, daß die Einstellung dieser führenden Personen nicht die richtige war.

Eines ist gewiß: aus den verschiedensten Gründen kann der Führer einer gewerkschaftlichen Aktion die Sachlage besser übersehen als das Mitglied. Er ist aufgestärkter, sachkundiger, kann die wirtschaftlichen Zusammenhänge besser überschauen und muß die Wege gehen, die er für richtig hält, selbst dann, wenn er einmal von den Verbandsmitgliedern nicht verstanden wird. Diese Mißverständnisse kommen daher, weil dem einzelnen Mitglied die Schulung und die Urteilskraft fehlt, in all diesen gewerkschaftlichen Kämpfen klar zu sehen.

Wir wollen doch annehmen, daß die Kameraden, denen wir unser Schicksal anvertraut haben, zu jeder Zeit das Beste für uns tun werden. Reist gehören die kritikübenden Kameraden der „Opposition“ an und schöpfen ihre Gedanken und ihren Wortschatz aus den kommunistischen Tageszeitungen. In schlechten wirtschaftlichen Zeiten kommt es aber auch vor, daß sonst ruhige und sachlich bleibende Kameraden in diese unschlüssige Kritik eingreifen. Dann muß in unseren Versammlungen diesen Kameraden mit Ernst und Nachdruck entgegengetreten werden. Diesen Kameraden muß gesagt werden, daß gerade in Krisenzeiten unsere Bewegung klare Köpfe braucht und alles zu unterbleiben hat, was der Gewerkschaft schadet.

Dann sollte man sich in Kameradentreifen die Menschen einmal näher ansehen, die in den Krisenzeiten der Arbeiterchaft immer von neuem auftauchen, meist auch mit einem guten Mundwerk begabt, aber von keiner Sachkenntnis beschwert sind. Das sind Menschen, die man ruhig als Schädlinge des Verbandes bezeichnen kann. Die Kritik, die von diesen Menschen geübt wird, bringt oft mehr Schaden in den Kreisen der ungeschulten Kameraden, als in jahrelanger Arbeit wieder gutgemacht werden kann. Hier gilt es aufzupassen und sich nicht durch ein gut gedöcktes Maulwerk blenden zu lassen. Wir müssen die Kameraden so erziehen, daß ihre Kritik sachlich bleibt, daß sie einsehen, daß dem Verbands nichts mehr geschadet hat als gefällige und unschlüssige Kritik.

Kameraden! Schwere Zeiten liegen vor uns. Gewaltige Aufgaben harren noch der Lösung. Unterlaßt alles, was unserer Bewegung Schaden bringt. Bringt den Führern des Verbandes Vertrauen entgegen. Laßt alle unschlüssige Kritik aus euren Versammlungen. Statt Kritik — Aufklärung. Stelle jeder seinen Mann in den kommenden Kämpfen. Denn nur als einige, geschlossene Macht können wir den Diktaturläften der Arbeitgeber Widerstand leisten. In den kommenden Kämpfen kommt es auf jeden Mann an. Jeder muß an dem Platze, wo er steht, sein Bestes für die Gewerkschaft hergeben. Aufklärung der Kameraden einerseits, Vertrauen zur Führung andererseits wird uns auch diese Krisenzeit überwinden lassen. Dann wird auch dem Bergarbeiter wieder ein besseres Los, eine bessere Zukunft beschieden sein.

M. Werner.

HAUS UND LEBEN

Reichstagswahl am 14. September!

Frauen, rechnet ab!

Der Bürgerblock-Reichstag gab euch Massenbelastung, Gefrierfleischverbot, wahnsinnige Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Verschlechterung von Sozialfürsorge und Wochenhilfe! Das waren Schläge ins Gesicht von Millionen armer Frauen!

Frauen, denkt daran! Agitiert für die Wahl! Wählt am 14. September sozialdemokratisch! Eure Stimmen entscheiden!

Fortschritt.

Wenn in einem Betriebe Maschinen ihre gleichmäßige Arbeit verrichten, so ist es dem Unternehmer gleichgültig, durch welche Kraft sie bewegt werden, sofern nicht durch den Unterschied Nachteile oder Vorzüge sich ergeben. Diese Betrachtung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit gilt sowohl bezüglich der Leistungen, wie der laufenden Betriebskosten. Ist bei der Wahl eines bestimmten Antriebs als Pflicht anzunehmen, daß die ersteren höher und die letzteren sich niedriger stellen müssen als bei Verwendung eines anderen, dann spielen die höheren Aufwendungen für die benötigte Anlage keine Rolle.

Ähnliche Gesichtspunkte müssen beispielsweise für die Ausgestaltung der Volkswirtschaft maßgebend sein, da mit dem Niveau der Lebensgestaltung auch die Sicherung der Wirtschaft steigt bzw. fällt.

In Verbindung mit solchen Erwägungen wird viel von dem Fortschritt gesprochen, der auf allen Gebieten zu verzeichnen sei. Was diesen hinsichtlich der „Fürsorge“ anbelangt, so ist ein solcher vorhanden, wenn andererseits auch nicht bestritten werden kann, daß es noch viele Ungerechtigkeiten und Mißstände zu beseitigen gilt, und auch nicht, daß letzten Endes sich alle Fürsorgemaßnahmen als unzureichend erweisen müssen gegenüber der fortschreitenden Verelendung durch die sogenannten Fortschritte sonst, denn diese kommen nur verhältnismäßig geringen Schichten der Gesamtbevölkerung zugute. Für die Masse bedeuten sie vorwiegend Schädigung und Gefahren.

Sehen wir uns daraufhin einige herausgegriffene Beispiele an.

Rein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Radio- und Bildübertragungen aus nah und fern sowie die Sprechfilme eine Sache sind, die ans Wunderbare grenzt. Vor allem sind sie ein Zeichen des immer tiefer in die Geheimnisse der Natur eindringenden Menschengeistes. Aber selbst diese Erfindungen und Erfindungen haben ihre bedauerlichen Schattenseiten. Sie können trotz aller Vollkommenheit, die sie erreichen werden, niemals das Original ersetzen. Spricht ein Mensch mit einem anderen, den er im Bild vor sich sieht und zu dem es ihn drängt, so ist alles, was er von sich geben kann, Wort und Geste. Unmöglich aber ist es ihm, dem anderen auch nur die Hand zu drücken und in Leid und Schmerz diesem persönlich beizustehen. Muß nicht nach der Trennung dieses Bewußtsein doppelt schwer auf ihm lasten, während der andere doppelt unter der Einsamkeit leidet?

Aber auch dem Individualismus des einzelnen Menschen vermögen solche Herdenvorführungen nicht gerecht zu werden.

Auf die Dauer machen sie nervös, stumpfen ab und haben nicht zuletzt den Nachteil, daß sie unzählige Menschen brotlos machen und in die Reihen derjenigen stoßen, die überzählig sind. Außerdem bergen sie die Gefahr in sich, daß sie suggestiv durch in Variationen gebrachte Anschauungen solche in die Massen der Hörer verankern können, die das freie und selbständige Denken beeinflussen.

Noch vor Jahrzehnten kaum glaubliche Fortschritte erzielte die Technik auf dem Gebiete der Ueberwindung räumlicher Entfernungen auf dem Erdballe. Waren in der Vergangenheit oft viele Monate nötig, um ein Ziel auf dem Land- oder Wasserwege zu erreichen, so werden jetzt nur noch Tage und Wochen gebraucht. Den Vorteil haben einzig die Begüterten, die zu den vielen Reizen, die das Leben ihnen zu bieten vermag, einen neuen hinzuzufügen vermögen. Für die an Pflicht und Verdienst gebundenen, wie für die arbeitslos auf der Straße liegenden Menschenmengen, die zum Himmel aufschauen, wenn das Rattern und Knattern eines Motors die Nähe eines Flugzeuges verkündet, ist der Anblick eines solchen, das in der Luft, frei wie ein Vogel, seine Bahn zieht, das einzige, was sie von diesem Fortschritt haben. Und die wenigsten, die die Reisenden beneiden, denken daran, daß so ein Bote, der aus fernen Landen kommt, statt der genießenden Passagiere auch einmal andere Ladung tragen kann, die geeignet ist, Tod und Verderben über blühende Gefilde mit samt aller lebenden Kreaturen auszuschütten.

Und wie steht es mit den Fortschritten auf den Gebieten des Wissens? Sie zeigen, daß es vielfach Stückwerk ist und Stückwerk bleiben wird, solange das Fortschreiten entweder dem persönlichen Ehrgeiz oder sonstigem Vorteil privilegierter Kreise dient, die mit Eifer darüber wachen, daß das Studium Vorrecht ihrer Angehörigen bleibt, ebenso darüber, daß jeder sich bemerkbar machen möchte aufstrebende Geister aus anderen Schichten beizellen unschädlich gemacht wird. Aber auch dort, wo wirklich Erregungen und Drangale, wie die Not der Kranken, die zu Versuchszwecken benutzt werden, zur Genüge beweist. Leider.

Das selbe Bild zeigt sich auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Mit primitivsten Hilfsmitteln und brutalster Ausnutzung menschlichen Materials schuf das Altertum beispielsweise in den Pyramiden Wunderwerke, die der heutigen Fachwelt mit Rücksicht auf das Primitive der Handwerkszeuge und Beförderungsmittel Ausrufe der Bewunderung entlocken. Solchen Wundern ähnlich wirkt der sich überstürzende Aufstieg moderner Technik, Mechanisierung und Rationalisierung, der die Praxis früherer Zeitaltere ins Wanken und Stürzen brachte. War ehemals das blühende Handwerk neben dem emsig tätigen Landvolk ein festverankerter Grundpfeiler, auf dem Wohlstand blühte und der dem Handel und Wandel lebendige Möglichkeit zur Entfaltung bot, so wurde es unter den Einflüssen der neueren Zeit zum bloßen Handlanger. Wo es sich behauptete, sieht es dahin, ohne Aussicht, sich jemals wieder erholen zu können. An seine Stelle sind Maschinen getreten. Der gelernte Arbeiter aber, ehemals Handwerksgefelle, sinkt zum seelenlosen Werkzeug

Die 32. Beitragswoche
läuft vom 3. bis 9. August 1930
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

herab. Stunde für Stunde, Tag für Tag steht er am Laufband oder an der Maschine und verrichtet immer dieselben Handgriffe, die ihn selbst zur Maschine werden lassen. Hinter ihnen, wie hinter denen, deren Tätigkeit nicht von Maschinen ersetzt werden kann, stehen die Aufpasser und Antreiber, die diejenigen, welche mit dem Tempo nicht fortkommen oder sonst irgendwelche körperliche Schwäche, eventuell Auffälligkeit zeigen, der Betriebsleistung melden, die mit der Aushändigung der Entlassungspapiere schnell bei der Hand ist. Vielfach, wenn es nur irgend möglich ist, treten an Stelle der männlichen Arbeiter weibliche Hilfskräfte, denn diese sind billiger und lassen sich obendrein leichter leiten und gefügig machen.

Wo einstmalig auf wirkliches Können gestützter Geist und Qualität der Arbeit und Erzeugnisse Erfolg errang, da werden heute Massen und Serien hergestellt. Das in Trusts und Konzernen zusammengefloßene Kapital, das die Banken beherrscht und von sich abhängig macht, diktiert, was der Weltmarkt zu frequentieren hat. Ebenso liegt die Preisbemessung in seinem Belieben, wodurch es ermöglicht wird, jede aufstrebende neue Konkurrenz zu erdroffeln.

Noch zerfallen diese Großunternehmen in wenige selbstständige Teile. Doch tobt auch zwischen diesen schon ein wenn auch versteckter und für die Öffentlichkeit nicht sichtbarer Kampf auf Leben und Tod, der schließlich mit dem Sieg des einen oder anderen Teiles enden muß, so daß zuletzt nur noch eine einzige Gesellschaft mit wenigen Köpfen, aber allmächtiger kapitalistischer Machtfülle über den Erdbreis und alle Kreatur ihre Leben und Kraft der Massen vernichtenden Fänge ausstreden wird.

Fabriken und Betriebe aller Art in Stadt und Land werden in Trümmer zerfallen, weil sie den Industriezentren, wo eine Abteilung der Produktion mit der anderen in Verbindung steht, weichen müssen. Logischerweise werden dann weitere Millionen von Menschen in den Ländern der Welt überflüssig. Während der eine Teil, der noch Beschäftigung findet, mit der Entlohnung seiner Leistungen imstande sein wird, einen äußerst primitiven Lebensunterhalt zu führen, ist naturgemäß der andere, der größte Teil, dem Untergang geweiht. Unterstützungen gibt es dann nicht mehr.

Wie lange sie in der Jetztzeit gezahlt werden, das hängt nicht nur von der Fülle oder Leere der Kassen ab, sondern vor allem vom Bestand solcher Regierungen, die ein Verständnis für die Not der Erwerbslosen haben.

Man sieht, der technische und sonstige Fortschritt hat mit Aufstieg in allgemeiner Hinsicht wenig zu tun, und die Aussichten für die Zukunft scheinen noch trüber zu sein.

Trotzdem ist jeder Pessimismus verfehlt. Es liegt ja nur an der Entschlußkraft der Massen der Werttätigen in den Betrieben, Kontoren und Ämtern, welche ihnen von der Vernunft verliehen ist, in rechter Weise zu gebrauchen. Diese sind Stärkung und Ausbau der freien Gewerkschaften und aller genossenschaftlichen Unternehmungen und intensivste Werbung für die Ideale der sozialistischen Idee. Diese sind: Befreiung von Ausbeutung und Verflaumung, Ermöglichung des Lebensrechtes und der Existenzsicherung aller im Produktionsprozeß stehenden Schaffenden, einschließlich derjenigen, welche ihrer Pflicht genügt oder derselben aus sonstigen Gründen entbunden sind. Erst dann wird sich jeder Fortschritt im Interesse des Allgemeinwohls auswirken.

Damit aber solche Verhältnisse reifen können, ist Einigkeit vonnöten. Jede Abspaltung vom Stamm der Bewegung schädigt diese selbst und dient damit den Zwecken des Kapitals und des Unternehmertums. Wer solche Spaltung unterstützt oder neutral zur Seite steht, macht sich mitschuldig, wenn im Endkampf die Unnatur über das Recht der Schaffenden siegen sollte.
A. Meltzer, Dresden.

Drei Wochen Wendefurth.

Wie schön ist's doch, durch Wald und Feld zu streifen bei Sonnenschein, in frischer, freier Luft!
Wie schön mag's sein, wenn in den alten Eichen der Schwarzspecht hämmert und der Kukuk ruft!
Auf kurze Zeit dem Schweiß und Kohlenstaub entronnen, freut man sich hier der Schönheit der Natur.
Der Kampf ums Dasein ist uns abgenommen:
Drei Wochen Wendefurth, Erholungskur!

Der Bergmann, der seit über zwanzig Jahren tief in der Erde schafft für targa Lohn, bei mattem Licht, umlauert von Gefahren, traf ihn auch oft der Herren blut'ger Hohn — der stets für Wünsche nur Entfugung kannte, für jede Hoffnung ein „Verzichte nur“, der aus der Schönheit dieser Welt verbannte, ist jetzt in Wendefurth: Erholungskur!

An euch, Kollegen, in dem Labyrinth der Strecken, denk ich, jäh' ich am wohlgedeckten Tisch.
Laßt euch bei Schweiß und Schmutz das Frühstück schmecken, ich weiß, wie's aussieht in dem Luftgemisch.
Der Hunger nur und die Gewohnheit jahrelang verhindert, daß euch ekelt vor der Unkultur, jedoch der stärkste Mensch wird davon später krank, dann geht's nach Wendefurth, Erholungskur!

Es kann nicht immer überall so sein, wie wir's hier haben, der Sommer folgt dem Winter und dem Tag die Nacht.
Bergleute müssen Kohle, Salz und Eisen graben, wie anders wär' dem Menschen Glück und Freud' gebracht?
Doch, muß man uns so lange die Gesundheit rauben, bis wir verkier'n das Lachen und die Freud' an der Natur, bis wir an keinen Doktor mehr und nicht an Hilfe glauben?
Drei Wochen Wendefurth, Erholungskur!

Wie schön wär's doch, wenn unser täglich Plagen den Frohsinn brächte und die Sorge stillt!
Wie schön wär's doch, wenn stets nach je sechs Tagen nur einmal würde ein bescheidner Wunsch erfüllt!
Es würde dann wohl gar nicht so weit kommen in Mitteldeutschland, Schlesien, am Rhein und an der Ruhr, ein Antrag würde dann wohl gar nicht angenommen:
Drei Wochen Wendefurth, Erholungskur!

Das Ziel ist's wert, mit aller Kraft danach zu streben, am Rhein und an der Ruhr, in Ost- und Mitteldeutschland. Freiwillig wird man uns jedoch nichts geben, da heißt's: Kampf gegen Willkür führ'n und Unverstand. Ein einzelner wird dabei unterliegen, Fester Zusammenschluß kann uns helfen nur. Glückauf! In diesem Zeichen woll'n wir siegen!
Drei Wochen Wendefurth, Erholungskur!

Hermann Wegener.

Zizibé und Zizibus.

In einer Höhle, finster und kalt, tief, tief im Wald, lag die Prinzessin Zizibé, eine Dame mit Rosenwangen und Händchen, weiß wie Schnee, seit Jahren gefangen. Sie hatte nichts zu lachen, denn ein alter Drache hatte sie einst vom Königshof entführt und, ungerührt von ihrem Gejammer, in seiner raumweiten Dunkelkammer einlogiert.

Nun harrete die Schöne unter vielem Geföhne und reichlichem Wangen auf ihn, den Retter, den Heiden. Aber es wollte sich keiner melden.

Nun ja, der Drache war zwar schon alt, aber er hatte noch immer große Gewalt und riß einen Menschen in Stücke oder zerbiß ihm das Genick oder verschlang ihn ganz und gar, wenn er dazu grad aufgelegt war. Kämpfe mit alten, giftigen Drachen, das sind so Sachen! Dazu muß einer geboren sein und wirklich ausertoren sein.

Prinzessin Zizibé hatte bei dem Tier durchaus kein Vergnügen, glaubt es mir! Sie mußte ihm täglich die Zähne putzen und einmal wöchentlich die Krallen stuben. Sie mußte ihm die rauen Schuppen polieren, mußte maniküren und pediküren, mußte ihm Komplimente sagen und alles tun zu seinem Behagen. Sie mußte ihm schmeicheln und zärtlich ums zierliche Mäutchen streichen. Sie mußte es kitzeln dort und da, denn der alte Drache wollte auch lachen! Er liebte die Allotria!

„Ach,“ seufzte die Dame in langen Nächten, „wann schickt mir der Himmel endlich den rechten, den feurigen Ritter, gekleidet in Erzen, mit Kraft in den Knochen und Kühnheit im Herzen? Den Ritter, den Retter, der, kurz resoliert, das grauliche Schicksal frisst! Wann wird das Geschick sich meiner erbarmen? Wann darf ich den Edlen dankbar umarmen?“

Die Zeit verstrich, es kam kein Ritter, es kam kein Retter. Und das war bitter! Im ganzen Land wollt's keiner riskieren und den Waffengang mit dem Drachen probieren! Kein einziger

wollt Zizibé gewinnen, das brachte die Dame manchmal von Sinnen.

Doch — da war Zizibus! Ein Prinz von Schneid, ein Genius! Der gierte nach Abenteuern und vor allem nach solchen mit Ungeheuern. Für den war der alte Drache ein Fest! „Dem Tierchen geb' ich schnellstens den Rest!“ So sprach er etwas maulmischerhaft, aber im übrigen hatte er wirklich Kraft. „Die Prinzessin wird dem König zurückgestellt und wenn ich ihr gefall' und wenn sie mir gefallt, dann machen wir beide unser Glück, dann werd' ich König und sie Königin!“ Ja, ja, so hoch stand des Zizibus Sinn.

Und dann ritt er in den Wald hinein und zur Höhle hin beim Morgenschein. Er war in schweres Erz getan und ein großes Schwert, das trug er auch und einen Speer, wie's so der Brauch. Und so ging er schneidig den Drachen an. (Hier erübrigt sich jegliche Schilderung und ausführlichere Bebilderung.) Der Prinz war jung und hatte Schwung. Er war von prächtiger Gestalt und der alte Drache war alt, senil und verfallt. Also hatte ihn der Prinz Zizibus bald durchgewalzt und hingelegt. Die Sache hatte ihn kaum aufgeregt. Kurz, eh' es starb, kam's aus dem Tiere: „Ach, gratuliere!“ Dann streckte es alle Viere und machte Schlupf.

Und dann ging Zizibus in die Höhle hinein und dort wartete das reizende Prinzesselein, dort wartete Zizibé und warf sich, befreit von allem Weh, dem Zizibus an die Brust! Ha, welche Lust! Ha, welch Genuß!

Und dann ritten sie selbender auf dem Rücken des selbigen Pferdes königshofwärts und sie gefielen einander! Er gefiel ihr sehr und sie gefiel ihm noch mehr.

Und der König war entzückt und sagte: „Ich bin beglückt, euch mein Reich überlassen zu können! Hurra, ich werde pensioniert, ich hab' eh' schon zu lang regiert und will mir Ruhe gönnen.“

Und dann gab's in der allerkürzesten Zeit die Hochzeitsfeierlichkeit, und dann wurden Zizibé und Zizibus Frau und Mann, wie man's in der Geschichte jenes Landes nachlesen kann.

Aber jetzt, zum Schluß, muß ich noch etwas sagen: Die Leutechen wurden nicht glücklich! Eben sind manchmal unerquicklich. Bei Liebesheiraten kommt sowas vor auch in unseren Tagen! Zizibé und Zizibus konnten sich nicht vertragen und das war sehr zu beklagen, denn sie hatten Kinder, und zwar eine ganze Schar.

Darum sprach Zizibus eines Tages als Melancholikus in einer psychischen Pleite: „O, ich muß es jetzt erfahren nach Jahren, daß ich damals nicht Zizibé befreite, sondern — und mir ist das gar nicht zum Lachen — den Drachen!
Maximilian.“

Die Arbeitsaufnahme im Mansfeld.

Bankrott der revolutionären Führung.

Zwischen der Mansfeld AG. und den Tariforganisationen wurde die nachfolgende Vereinbarung unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß gebracht:

Bereinbarung.

1. Unverzüglich nach einer günstigen Entscheidung über die Zuschußfrage wird die Arbeit wieder aufgenommen. Die WiederEinstellung der Arbeiter erfolgt ohne Maßregelung nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten. Das Arbeitsverhältnis aller wieder eingestellten Arbeiter gilt in tariflicher Hinsicht als nicht unterbrochen.

2. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an werden die in der Lohnliste vom 1. Mai 1929 festgesetzten Tariflöhne um 9,5 Prozent gekürzt, wobei aber die Tariflöhne der Arbeiter über 21 Jahre in keinem Falle 5 M. unterschreiten dürfen. Diese Lohnregelung läuft bis zum 31. Dezember 1930.

3. Mit Rücksicht auf die lange Betriebsunterbrechung erklären sich die Gewerkschaften damit einverstanden, daß diejenigen Arbeiter, die für das laufende Urlaubsjahr noch Anspruch auf Lohnurlaub haben, auf diesen Urlaub verzichten und dafür eine entsprechende Varentschädigung nach Maßgabe der neuen Tariflöhne erhalten, auf die Vorschlässe gegebenenfalls anzurechnen sind.

4. Vorstehende Vereinbarung wie auch die Bestimmungen des Manteltarifvertrages und des Mehrarbeitsabkommens gelten hinsichtlich ihrer Laufdauer auch für den Fall, daß der Kupferschieferbergbau in eine besondere Gesellschaft eingebracht wird.

Die Verhandlungen zwischen der Reichs- und Preussischen Staatsregierung und der Mansfeld AG. über die Art und Höhe der Subventionen gestalteten sich äußerst schwierig, da die Mansfeld nur eine Kontrolle für die reinen Kupferbetriebe, nicht aber mit den zusammenhängenden Betriebszweigen des Kupferbergbaues zulassen wollte. Schwierigkeiten ergaben sich auch daraus, ob die Subventionen als verlorener Zuschuß oder als zinsloses Darlehen gegeben werden sollten. Nach tagelangen Verhandlungen wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß die Mansfeld AG. zunächst ein zinsloses Darlehen in Höhe von 450 000 M. monatlich erhält. Durch die deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft erfolgt eine Nachprüfung des Betriebsergebnisses der Mansfeld AG. Ergibt diese Prüfung, daß der Mansfeld AG. bis zum Jahresende kein Ueberschuß verbleibt, so gilt die bis zum 31. Dezember d. J. gewährte staatliche Beihilfe als verlorener Zuschuß. Bei Feststellung eines Ueberschusses muß dagegen das Darlehen gegen Verzinsung an den Staat zurückgezahlt werden. Durch diese Regelung war der Weg zur Wiedereröffnung der Betriebe freigemacht.

Die Wiederaufnahme der Arbeit war für Freitag, den 25. Juli, für die Schächte und die anderen Betriebe in den folgenden Tagen angeordnet. Noch in der letzten Stunde versuchte die Mansfeld AG. den Gewerkschaften einen Schlag zu versetzen. Der neu abgeschlossene Lohnvertragsvertrag sah eine Herabsetzung der Tariflöhne um 9,5 Prozent vor. Diese genügt aber der Generaldirektion nicht. In ihrer Bekanntmachung zur Wiederaufnahme der Arbeit teilte sie mit, daß außer der tarif-

lichen Lohnsenkung eine weitere Kürzung der Bedinge- und Akkordlöhne um 2,5 Prozent erfolge. Diese Ankündigung rief eine berechtigte Empörung unter den Arbeitern hervor. Die Tarifparteien haben eine Herabsetzung der Bedinge und Akkord nicht vereinbart. Das konnten sie auch nicht, da nach den tariflichen Bestimmungen Bedinge und Akkord mit den Arbeitern vor der Arbeit vereinbart werden müssen. Auf die Gestaltung der übertariflichen Löhne haben die Gewerkschaften keinen Einfluß. Der Schachzug der Mansfeld AG. war aber für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ein gefundenes Fressen. In der unerhörtesten Weise hegten sie gegen die Gewerkschaften und ihre Führer und logen den Arbeitern vor, die Gewerkschaften hätten der Bedingekürzung zugestimmt. Noch am Donnerstag vor der Arbeitsaufnahme hielten sie in allen Orten Versammlungen ab und forderten zum Weiterstreiken auf. Ihre Presse verkündete in großen Schlagzeilen: „Der Kampf im Mansfeld geht weiter“. Um so größer war die Pleite der revolutionären Kampfleitung am Freitag morgen. Die Arbeiter waren restlos den Parolen der Organisationen gefolgt und zur Arbeit angetreten. Nur in einzelnen Orten hatte sich ein Duzend Revolutionäre (Mitglieder der Kampfleitung) bereitgefunden, weiter zu streiken. Als nun die RPD-Führung sah, daß für sie nichts mehr zu retten war, berief sie zum Freitag nachmittag eine Sitzung ihrer sogenannten Zentralstreikleitung ein, in der der Streik wegen Abbröckelns der Streikfront abgebrochen werden sollte. Die RPD-Führung scheute sich nicht, trotzdem die Arbeitsaufnahme fast einmütig erfolgt war, den Arbeitern vorzuschwindeln, daß am Sonnabend auf Beschluß ihrer Streikleitung die Arbeit wieder aufgenommen sei. Tatsache ist, daß waschechte Revolutionäre, die am Donnerstag noch für Weiterstreiken eingetreten und gestimmt haben, am Freitag morgen die ersten an der Arbeitsstelle gewesen sind. Damit war die „glorreiche Führung“ des Abwehrkampfes der RPD. zu Ende. Kein Arbeiter lehrte sich an die Parolen der Schreihäule, sondern befolgte nur die Anweisung der Gewerkschaften. Der phrasenhafte Aufruf der revolutionären Opposition an die Arbeiterschaft strotzte von Lügen und Verleumdungen. Die Führung, die man sich anmaßte, bestand nur in großen Reden und auf dem Papier. In Wirklichkeit sahen die Dinge so aus, daß sich die Arbeiter nicht im geringsten an die Parolenschusterei dieser Leute hielt.

Der Abschluß im Mansfeld ist gewiß kein vollkommener Sieg der Arbeiter. Nur schweren Herzens haben sich die Funktionäre und Mitglieder entschlossen, unter den vereinbarten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Die Lage auf dem Kupfermarkt hat letzten Endes diese Entscheidung herbeigeführt. Die Organisationen haben in den letzten Wochen alles daran gesetzt, um überhaupt die Wiedereröffnung der Betriebe durch Gewährung staatlicher Beihilfen zu ermöglichen, um damit den Arbeitern ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Kommt nach dieser Kupferbaute wieder mal eine Hauszeit, dann werden auch für die Arbeiter und Organisationen im Mansfeld wieder günstigere Voraussetzungen zur Erreichung ihrer Ziele eintreten. Bis dahin gilt es weiter für die Stärkung der Organisationen einzutreten, um zukünftig den Anstürmen der Unternehmer gewappnet gegenüberzutreten; aber auch, um in günstigen Zeiten stark und schlagfähig für unsere Interessen weiter kämpfen zu können.

Trommelfeuer.

Noch in keinem Zeitalter waren Leben und Existenz des schaffenden Volkes so bedroht wie gegenwärtig. Alle Errungenschaften, die im Laufe der Jahrzehnte in hartem Kampfe, so auch durch den Sturz des alten Obrigkeitstaates, die Arbeiterschaft sich erkämpft hat, sollen, wenn auch nicht voll und ganz beseitigt, doch gewaltig eingeschränkt werden. Man begründet das mit der großen Not, die heute unser Volk heimsucht. Die Gründe der Not sollen sein: einmal der verlorene Krieg, weil wir soviel Abgaben an unsere Feinde leisten mußten, und zweitens die Mißwirtschaft, die in der Nachkriegszeit von gewissen Parteipolitikern von links betrieben worden sei.

Gewiß haben wir, die wir den Krieg verloren haben, an unsere Gegner zu zahlen. Dieses Geld, in der Wirtschaft verpaßt, würde dem Volke dienlicher sein. Ob aber die Kriege und besonders die Arbeitslosigkeit vollends dann gehoben wäre, wenn wir keine Reparationen zu zahlen brauchten, das möchte ich sehr bezweifeln. Wenn das wahr wäre, dann dürfte es ja in dem Lande unserer Gegner keine Arbeitslosigkeit geben. Da müßte dort alles im Wohlstand erblühen. Milch und Honig, Berge von Kuchen und weiß Gott noch welche Delikatessen müßten dort im gewaltigen Ueberschuß vorhanden sein. Aber das alles ist ja auch da in Hülle und Fülle, nicht für das Proletariat. Das Volk steht vor den vollgepackten Läden, muß zusehen, kann aber nicht Anteil nehmen an dem, was Mutter Erde und ihre schaffende emsige Hand erzeugt hat.

„Ja, hätten wir den Krieg gewonnen, dann wären Arbeit und Brot für das Volk in Hülle und Fülle“. Dabei hat Amerika, das der größte Ruhmesthron des Krieges war, über fünf Millionen Arbeitslose. Und England? Auch dort kann man der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden. Selbst der gute Wille der Arbeiterregierung hat es nicht vermocht, Wesentliches zu schaffen, denn zwei Millionen Arbeitslose will auch für England schon was heißen. Was das liegt wohl daran, daß auch dort, wie bei uns, eine „sozialistische Mißwirtschaft“ betrieben wird. Daher auch der Schrei nach dem Paare mit der starken, durchgreifenden, energiegelichen Hand!

Glücklicherweise sind wir in der Lage, die Laten solch eines starken Mannes in der Praxis beobachten zu können. Italien ist das glückliche Land, sich solch eines gigantischen Mannes rühmen zu können. Dieser Mann soll vermöge seiner Kraft und Intelligenz es fertiggebracht haben, dem italienischen Volk auf seiner Scholle ausreichend und zur vollen Zufriedenheit aller Volksgenossen, ob reich, ob arm, Brot und Arbeit gegeben zu haben. Die raue Wirklichkeit ist jedoch anders. Man kann einem Volk durch Gewalt und Terror bis zu einer gewissen Zeit eine absurde Meinung aufzwingen. Das hat auch Mussolini gemacht. Bei Antritt seiner Diktatur war keine erste lat-

liche Verteidigungslinien der Arbeiterschaft wurden vernichtet. Die Zeitungen mußten, ob sie wollten oder nicht, für sein System Stimmung machen. Alle Mittel waren ihm heilig, selbst der Mord, seine Sache in aller Welt als das Wertvollste für die Menschheit darzustellen.

Aber es kam doch einmal die Zeit, wo auch sein Schleier gelüftet wurde. Tatsache ist, daß heute das Auswanderungsverbot von demselben Mussolini wieder aufgehoben ist. Und wie sieht es im allgemeinen mit dem Volkswohl aus? Da beträgt z. B. der Stundenlohn eines Metallarbeiters in Mailand 78 Pf. und in Rom 68 Pf. nach unserem Gelde. Und der reale Wert des Lohnes sinkt von Tag zu Tag. Bald eine Million Arbeitslose hat auch Italien. Die soziale Fürsorge liegt noch sehr im argen. Weil dem so ist, nagen die Arbeitslosen und Menschen mit versiegelter Kraft vollends am Hungertuch. Man bedenke bloß, daß dort ein Arbeitsloser mit seiner Familie je Tag 90 Pf. an Unterstützung bezieht. Da erübrigt sich jeder weitere Kommentar über das faschistische Regime. Es hat sich selbst gerichtet.

Man sollte glauben, daß diese kurze Beleuchtung für die Arbeiter genügen wird, um sie von dem Wahnverlangen nach dem „starken Mann“ zu heilen. Oder haben sie die Parole der Kriegszeit, die da lautete: „Maul halten, stillhalten und mit keiner Wimper gezuckt“ schon vergessen? Auch die Arbeiterfrauen — und es ist keine geringe Zahl — haben wohl all die Leiden und Gebreden jener Zeit vergessen. Der Finger der Zeit droht. Darum habt acht und seid auf der Hut! Wehe, wenn es zu spät ist! Wir haben zu wählen zwischen Aufstieg und Zerfall. Und da wir nur den Aufstieg wollen, müssen wir auch aktiv sein mehr als je.

Der Feinde sind viel. Und von allen Seiten prasselt das Trommelfeuer auf uns hernieder. Die Reaktion rüstet in der ganzen Welt, um den Aufstieg des Proletariats zu verhindern. Ihre Kampfmittel sind mannigfacher Art. Wohl am schlimmsten ist die Presse. Wie sagte doch der Kaiser Wilhelm II. damals, als sein Bruder Prinz Heinrich mit seiner Flotte die Ozeanreise antrat? „Bruder, vergiß aber die siebente Großmacht nicht!“ Das war die Presse! Jener mußte wohl, wenn man ihm auch Idiotie nachsagte, was für einen gewaltigen Einfluß die Presse auf das Gesellschaftsleben innerhalb der Kontinente ausübt. Darum soll jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau in erster Linie die sozialistische Zeitung lesen, denn sie allein ist dazu berufen, gemeinsam mit der Gewerkschaftszeitung den Geist zu beleben. Sie gibt uns Stärkung und die geistige Kraft, die Schläge unserer Gegner zu parieren und sie schadlos zu sehen. Denn wenn heute im Zeitalter der Umwälzung, wo doch ein freier Wind weht, das Bürgerium noch in ständiger, weit über 3000 Zeitungen mit ihrem giftigen zersetzenden Geiste alltäglich in der Masse zu verbreiten, dann ist das ein bedauer-

liches Zeichen für die Arbeiterschaft. Was würde unser großer Führer Ferdinand Lassalle heute wohl sagen, wenn er dieses noch erleben müßte? War er doch derjenige, der genau den verderblichen Einfluß der bürgerlich-kapitalistischen Zeitungs-schreibweise erkannt hatte.

Und besonders diese Zeit ist äußerst lehrreich für uns Arbeiter. Da soll es dem Dümmlsten nicht schwer fallen, sich für die Presse zu entscheiden, welche seine Arbeiterbelange voll und ganz vertritt.

Seit langer Zeit tobt der Kampf der Unternehmer mit all ihrem Anhang gegen die ganze Sozialversicherung der Arbeiterschaft. Der erste Vorstoß galt der Arbeitslosenversicherung. Die Angriffe der Unternehmer waren brutal und unter aller Würde. „Wer arbeiten will, der bekommt schon Arbeit“, hieß es. „Sa, man ging sogar so weit, aller Welt zu erklären: „Die Arbeitslosenunterstützung ist eine Prämie auf die Faulheit!“ So schrieb die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, so schrieb der „Stahlhelm“ und wie sie sonst noch alle heißen, von den sogenannten parteilosen Zeitungen ganz zu schweigen. Die sind noch gefährlicher, weil sie den versteckten Kampf führen. Es gibt aber noch eine andere Sorte von Zeitungen, das sind die „religiösen“ Zeitschriften, die ja zu allen Zeiten immer wieder ihre „absolute politische Neutralität“ bekunden. Und wehe demjenigen, der es einmal wagen sollte, ihre Haltung anzuzweifeln! Der hat aufgehört zu leben. Da ist es die evangelische Zeitschrift „Heilig dem Herrn“ (Thüringen), herausgegeben von Pastor Ernst M o d e r s o h n. Sie erscheint jede Woche. In der Rubrik „Zeitpiegel“ wird die Politik unter die Lupe genommen. Die Meinung, die dort zum Ausdruck gebracht wird, ist alles andere als Neutralität. Eine Kostprobe wird genügen, um dieses zu beweisen. Man könnte Bände davon schreiben. Aber das wäre des Guten zuviel.

Als im vergangenen Jahre die um Hugenberg und Hitler das Volksbegehren über die Youngplanangelegenheit propagierten, da konnte es auch die Zeitschrift „Heilig dem Herrn“ nicht unterlassen, trotz ihres Gelobens, neutral zu bleiben, für Hugenberg-Hitler und Konsorten die Werbetrommel zu schlagen. Der Artikelschreiber ging sogar so weit, für das faschistische System Propaganda zu machen. So schreibt er in der Nummer vom 20. Oktober 1929 folgendes: „Gott braucht uns nur einen Mann von dem Format Mussolinis zu erwecken und alles würde in Kürze anders werden ohne Volksbegehren und Volksabstimmung!“ So also sieht die politische Neutralität des Herrn Pastors aus! Wer will da noch zweifeln? Auch in der Sozialpolitik ist dieser Herr sehr bewandert. Da findet man in einer späteren Nummer dieselben Tiraden, wie sie die Hugenbergpresse stets bringt. Sie halten es alle mit dem bekannten Ausspruch von Schacht, den er auf dem Bankett in Bremen vor aller Welt getan hat. Nach Schacht wird der Deutsche mit sämtlichen Versorgungsmitteln einschließlich der Sterbefälle geboren. Welch blutiger Hohn!

Mit im Chor der bürgerlich-kapitalistischen Zeitungskritiker schreibt auch ein Teil der „exakten“ Wissenschaftler. Neben dem allbekanntesten Professor H o r n e f f e r hat sich auch ein Dr.-Ing. J u n g gefeilt. Beide sind der Ansicht, daß die heutige Sozialpolitik zum Verderben des deutschen Volkes geführt habe. Sie hebe zur Verwechslung geführt. Tatkräftig wie Schaffensdrang seien verdrängt, der Faulheit, Launeit wie Interesselosigkeit aber sei Platz gemacht worden.

Wer dies sagt, redet gegen besseres Wissen oder er ist falschen Informationen zum Opfer gefallen; oder aber sein Gerede ist seiner konstanten Bosheit gegen das schaffende Volk entsprungen. Bei solchen Leuten ist die Masse nur ein Dreck. Was schert sie das „Volk“! Und wenn Horneffer sagt, daß Hunger, Armut und Not die Antriebskräfte für den Menschen sind, dann ist sein Schaffen wohl nur aus purer Wollust entstanden, denn daß er am Hungertuche nagt, wird er doch wohl nicht behaupten wollen. Denjenigen Menschen möchte ich sehen, der alltäglich seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut — nicht durch Not und Armut angetrieben, sondern durch das Bewußtsein, daß ohne Armut die menschliche Gesellschaft nicht existieren kann —, aber für all sein Mühen nur einen Lohn empfängt, der dem des chinesischen Kuli noch nicht einmal gleichkommt, und so urteilen würde, wie jener Herr Professor Horneffer. Ich bin überzeugt, wenn die Menschen vom Schlage Horneffers in dem Milieu der Arbeiterschaft lebten, daß sie nicht Kommunisten, Sozialisten, sondern Anarchisten vom Bakuninschen Geiste wären.

Wie ist denn nun die Wirklichkeit? Tatsache ist, daß Bechen wie Fabriken heute von Arbeitstuchenden bestürmt werden. 1926, als der große englische Bergarbeiterstreik war, da wurde unsere Schachtanlage alltäglich von Hunderten, die Arbeit haben wollten, bestürmt. Stundenweit kamen die Leute des Weges aus Nord, Ost, West und Süd. Der Andrang war zeitweise so schlimm, daß der Betriebsführer sich genötigt fühlte, sein Zimmer abzusperren. Aber es hat die Leute nicht gehindert, auf Umwegen den Betriebsführer doch zu erreichen. Ich kenne Leute, die Wochen gelaufen sind. Doch letzten Endes war ihr Bemühen vergebens, weil alles besetzt war.

Das trassette Beispiel haben wir wohl an der Ruhr gehabt. Als damals die Zeche Alte Haase stillgelegt werden sollte, ging ein Sturm der Empörung durch die Bevölkerung. Mit dem äußersten Mittel, nämlich mit Gewalt, hat die Bevölkerung — Männer, Frauen und Kinder — das Abbaukommando vom Bechenplatz getrieben. Monatelang haben die Leute unentgeltlich Notstandsarbeiten verrichtet, damit die Zeche nicht zum Zerfall kam. Die Kirchenglocken gaben das Sturmzeichen. Ist das nun alles der Faulheit entsprungen oder kann es nicht dem wirklichen Schaffenstrieb, als Mensch etwas Nützliches für die Gesellschaft zu schaffen, entstanden sein? So könnte man Hunderte von Tatsachen anführen. Die Horneffers scheinen schlechte Menschentkener zu sein. Aber auf der anderen Seite haben sie immer die deutsche Klasse als die beste aller besten hervor. Wenn sie davon reden, so meinen sie natürlich damit sich nur allein.

Auch trifft es nicht zu, daß der Marxismus wie die Gewerkschaften den Schaffenswillen lähmen, denn ausgerechnet an der Ruhr sind die Arbeiter zum überwiegenden Teil Sozialisten und freie Gewerkschafter. Und wenn der Herr Horneffer seiner Broschüre den Titel „Frevel am Volk“ gegeben hat, dann hat er damit Recht geübt. Seine Gedanken sind ein wahrer Frevel am deutschen Arbeitsvolk.

Darum gibt es für uns nur eine Lösung: Treu und fest mehr als je zu unserer Sache zu stehen! Ob wir wollen oder nicht: das Trommelfeuer, in dem wir stecken, müssen wir überdauern. Schwere Tage werden uns noch beschieden sein. Wann wird die Sonne vollends für uns scheinen? So wird sich mancher fragen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das Leben manchen alten Kämpfers auch nicht auf Rosen gebettet war. Darum halten wir fest an dem Erbe unserer Väter. Zeigen wir uns ihrer würdig!

W. Höbusch.

Der Einfluß des Verbandes auf die Wirtschaft.

In den vielen Betrieben, die in Deutschland vorhanden sind und Waren entweder herstellen oder verkaufen, arbeiten etwa 14 Millionen Menschen, die als Entgelt für ihre Tätigkeit Arbeitslohn erhalten. In den deutschen Bergwerken, in denen Kohle, Erze oder Salze aus der Erde gehoben werden, sind etwa 750 000 Arbeiter beschäftigt. Auch sie erhalten, wie ihre Arbeitskollegen der übrigen Industrien, Arbeitslohn. Von dessen Höhe hängt es nicht nur ab, welches Leben sich der einzelne Arbeiter gestalten kann — ob es ihm möglich gemacht wird, nur das Lebensnotwendigste zu kaufen oder an den Gütern der Kultur teilzunehmen; ob er seine Urlaubstage in der Ferienkolonie oder außerhalb dieser Städte, in der freien Natur, verbringen kann; ob dauernder Kampf mit den Sorgen um das tägliche Brot seine Kräfte zermüht oder Familienglück herrscht —, sondern die an alle Arbeiter gezahlte Lohnsumme, die sich auf viele Milliarden beläuft, ist der wichtigste Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens.

Die Gewerkschaften kämpfen für höhere Löhne. Eine Lohnaufbesserung von nur wenigen Pfennigen für eine große Gruppe von Arbeitern schwillt bald zu Millionenziffern an. Für den einzelnen bedeutet die Lohnerhöhung eine soziale Hilfe. Aber im Rundgang des ganzen Wirtschaftslebens kommt ihr eine erhöhte Bedeutung zu. Die Arbeiter kaufen für ihre Löhne Waren. Hauptsächlich werden es Bekleidungsgegenstände, wie Schuhwerk, Textilwaren, und Artikel für den Haushalt sein, die sie für ihre Löhne erstehen. Was in den großen Verbrauchsgebieten von den Massen gekauft wird, muß aus den Gegenden, in denen die Güter erzeugt werden, herangeschafft werden. Dadurch wird das Verkehrsgewerbe belebt und eine Unzahl von Arbeitskräften findet dort Beschäftigung und Brot. Aber die Güter, die mehr verbraucht werden, müssen auch wieder hergestellt werden, so daß auch in den Industrien, die jene Waren erzeugen, die eben genannt wurden, die Räder rund gehen müssen und zur Bedienung der dort aufgestellten Maschinen Arbeitskräfte benötigt werden. Sind diese Industrien gut beschäftigt, so brauchen sie neue Maschinen und Energien in Form von Dampf, Gas und elektrischem Strom, die größtenteils auch aus der Kohle gewonnen werden, so daß auch in der Urstoffindustrie des Bergbaues eine Belebung eintreten muß.

Diese wird um so größer sein, je größer der Einfluß des Verbandes auf die Lohngefaltung ist, je höher die Löhne der Arbeitermassen sind, die ja den größten Warenverbraucher darstellen. So sehen wir, daß der Verband, indem er für Lohnerhöhungen kämpft, damit auch das große Uebel der Arbeitslosigkeit wirksam niederzudämmen vermag, denn verstärkte Kaufkraft schafft neue Arbeitsplätze. Allerdings findet diese Tätigkeit der Gewerkschaften keine Gegenliebe beim Unternehmertum und den reaktionären Volksgruppen, die in einem großen Arbeitslosenheer nicht das große Uebel sehen wie wir. Dort sagt man sich: je größer die Arbeitslosigkeit, um so mehr Menschen wollen in die Betriebe, um so leichteres Spiel haben die Unternehmer bei ihren Bestrebungen, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern.

Aber es kommt uns ja nicht nur auf hohe Löhne an. Diese nützen uns nichts. Das wissen wir Deutsche, die wir alle schon einmal Millionäre und Milliardenäre waren, sehr genau. Nicht nur der Lohn soll steigen, sondern eine kluge Wirtschaftspolitik muß zum Ziel haben, daß für den Lohn auch viel gekauft werden kann. Das ist aber nur möglich, wenn die Preise nicht in demselben Maße steigen wie die Löhne. Deshalb haben wir auch auf dem Gebiete der Preispolitik viele Aufgaben zu lösen. Für die meisten Güter wird der Preis von Unternehmerverbänden festgesetzt. Die Unternehmer haben sich zusammengeschlossen und sich durch Verträge gegenseitig verpflichtet, ihre Produkte, Kohle, Kali usw., nicht unter diesem oder jenem Preis pro Tonne zu verkaufen. Wer diesen Vertrag nicht hält,

muß hohe Strafen in eine eigens dafür errichtete Kasse zahlen. Unternehmerverbände mit diesen Zielen nennt man Kartelle. Da diese den Warenpreis festsetzen, bestimmen sie die Kaufkraft unseres Lohnes. Wir wollen, daß diese steigen soll. Folglich müssen wir unseren Einfluß in den Kartellen geltend machen. Für Kohle und Kali haben wir das bereits erreicht, für alle anderen Produkte ist es noch zu erkämpfen. Im Reichskohlenrat und im Reichsalikatrat bestimmen unsere Verbandsvertreter die Preise für diese Produkte mit. Der letzte Gewerkschaftskongress in Hamburg hat gefordert, daß dieses Mitbestimmungsrecht auf alle Kartelle ausgedehnt wird, damit wir als Gewerkschaften nicht nur den Lohn, sondern auch den Preis in die Hand bekommen und dem Arbeiter um so wirksamer helfen können.

Gewerkschaftliche Arbeit auf dem Gebiete der Wirtschaft geht größtenteils schon über den Rahmen des eigenen Landes hinaus. Wir beziehen vom Ausland sehr viel Waren und verkaufen auch in jedem Monat für etwa eine Milliarde Mark an Waren an das Ausland. Es ist unser Ziel, diesen Warenaustausch zwischen Inland und Ausland so eng wie möglich zu gestalten. Wenn den deutschen Geschäftsmann mit dem französischen oder belgischen enge Geschäftsbeziehungen verbinden, wenn er Waren nach dort liefert und welche von dort kauft, wenn ein enges Netz von Eisenbahnen und Autobuslinien die Wirtschaften beider Länder aneinander leitet, wenn Banken entstehen, die für diese internationalen Geschäfte das Geld leihen, dann wachsen die Wirtschaften beider Länder eng zusammen. Das führt letzten Endes dazu, daß die wirtschaftlichen Grenzen verschwinden und die Völker einander angenähert werden, womit auch Kriege erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Im Sinne dieser hohen Friedensidee wirkt die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik, wenn es gilt, Forderungen der Unternehmer auf erhöhte Schutzölle und Einfuhrverbote entgegenzutreten. Diesen Abwehrkampf haben wir dauernd zu führen, wobei wir als freie Gewerkschafter oft allein stehen, da die christlichen Gewerkschaften in diesem Punkte, wie in vielen anderen auch, nicht mit uns gehen. Trotzdem haben wir es bisher verhindert, daß Bergbauprodukte mit hohen Zöllen belegt wurden.

In welchem Maße es uns gelingt, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für unsere Kameraden durchzusetzen, hängt in hohem Grade davon ab, welche Preise für die Produkte gezahlt werden, die sie schaffen. Die Verfassungskomitee der Kohlenindustrie hat dazu geführt, daß im Inland hohe Preise gezahlt werden und dieselbe Kohle im Ausland für ein Drittel bis ein Viertel dieses Preises verkauft wird. Das ergibt sich daraus, daß auf den Auslandsmärkten mehrere Staaten Kohlen verkaufen wollen und einer den anderen im Preise unterbietet. Dieser Preiskampf wird auf dem Rücken der Arbeiter ausgefochten. Er soll deshalb beseitigt werden, indem man sich international verständigt, indem man Mindestpreise auch für das Ausland festsetzt oder die Märkte aufteilt. Auch in diesem Sinne wirkt der Verband in der Internationale wie auch beim Völkerbund und beim Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Das sind nur einige ganz wenige Aufgaben, die der Verband auf wirtschaftlichem Gebiet zu erfüllen hat. Sie sollen nur als Beispiele für das wirtschaftspolitische Wirken unserer Berufsgewerkschaft herausgestellt werden. Die Früchte gerade der wirtschaftspolitischen Arbeit sind nicht immer sofort sichtbar. Es vermag kein Mensch abzuschätzen, in welchem Maße Gewerkschaftseinfluß auf den Preis und auf die Abnahmepolitik zurückzuführen ist. Aber das ist ja der Sinn gewerkschaftlicher Arbeit, auch dort zu wirken und alle Kräfte einzusetzen, wo der Tätigkeit kein Beifall gezollt wird, sondern wo das Bewußtsein, seinen Kameraden geholfen zu haben, Befriedigung gewährt.

dente, wie traurig und voller wenig Hoffnung mein Leben wieder wird, so könnte ich heulen. Keine Hoffnung auf Arbeit! O wie glücklich würde ich sein, wenn ich wieder einmal Geld verdienen könnte! Nun ist die schöne Dreiwochenfrist vorüber und das traurige Dasein nimmt seinen Fortgang."

Ein anderer schreibt: "Weiber sind die paar Wochen nur zu kurz und mit Brauen geht man wieder in die Großstadt zurück. Denn dort erwartet uns wieder das Erwerbslosenelend. Mancher würde mit Freuden zurückkehren, wenn ihm Gelegenheit zur Ausübung seines Berufes geboten würde."

Ein Zwanzigjähriger: "Von Hause bin ich keine so gute Kost gewöhnt, wie es hier gibt, so daß ich mich erst daran gewöhnen mußte. Auch die Schlafstätten sind wundervoll, so daß man früh nicht raus will."

Wenn es in der Macht der Arbeitsämter stünde, würde man diese Jugendlichen zuerst in Arbeit vermitteln. Da aber dem in vollem Umfange nicht nachgekommen werden kann, müssen solche Freizeiten noch viel häufiger einsehen. Finanziert werden die Kurse dadurch, daß der Jugendliche, der teilnimmt, ungefähr die Hälfte seiner ihm zustehenden Unterstützung abgibt. Den übergroßen Teil der Unterhaltskosten tragen allerdings Staat und Kommunen. Diese Summen sind aber gut angelegt.

Die Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter müssen sich für die Einrichtung solcher Freizeitbewegungen besonders einsetzen. Es geht um die geistige und körperliche Entwicklung der kommenden Arbeitergeneration!

W. Riemer.

Aus dem Saargebiet.

Unsere Rechtschuberfolge.

Wie segensreich die Organisation für ihre Mitglieder arbeitet, beweist die Statistik unserer Saar-Rechtsschutzabteilung. Im ersten Vierteljahr 1930 hatte sie nachfolgende finanzielle Erfolge:

Unfallfachen	49 551,36 Fr.
Invalidentrentenfachen	100 004,52 Fr.
Rnappschafsfachen	13 369,30 Fr.
Abwicklungsfache Bonn	150,00 Fr.
Abfindung Ruhrknappschaf	1 974,20 Fr.
Zusammen	165 049,38 Fr.

Im zweiten Vierteljahr wurde an Erfolgen erzielt:

Unfallrentenfachen	30 361,33 Fr.
Invalidentrentenfachen	118 470,00 Fr.
Gewerbegerichtsfachen	208,90 Fr.
Rnappschafsfachen	9 078,90 Fr.
Privatrechtliche Sachen	850,00 Fr.
Zusammen	158 969,13 Fr.

Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können! Mancher Kamerad wird da zu seinem Recht gekommen sein, was ohne die Organisation sehr zweifelhaft gewesen sein mag.

Der Verkauf der Deputatkohlen ist im Saarbergbau verboten.

Die Generaldirektion hat die Vertragsorganisationen darauf aufmerksam gemacht, daß, trotzdem der Verkauf von Deputatkohlen verboten ist, zahlreiche derartige Fälle festgestellt wurden. In einzelnen Fällen seien Bergarbeiter, welche mit Deputatkohlen Handel trieben, für ein bis zwei Tage strafweise abgesetzt worden. Die Direktion hat weitere sechs Bergarbeiter, deren Fälle besonders kraß liegen, aus der Werksarbeit entlassen.

Nach den tariflichen Bestimmungen erhält der deputatkohlenbezugsberechtigte aktive Bergarbeiter für die abgefahrene Kohlenmenge den Preis der Deputatkohlen vergütet. Dadurch hat der Bergarbeiter die Möglichkeit, wenn er aus irgendwelchen Gründen die Deputatkohlen nicht benötigt, sich dieselben bezahlen zu lassen. Es entfällt aber auch der Grund, mit Kohlen Handel zu treiben, d. h. an Dritte zu verkaufen und sich damit der Gefahr auszusetzen, entlassen zu werden.

Nachstehende Dienstanweisung, welche die Rückzahlung für nicht abgefahrene Deputatkohlen regelt, bringen wir unseren Mitgliedern nochmals zur Kenntnis.

Dienstanweisung betreffend Rückvergütung für nicht abgefahrene Deputatkohlen.

Durch Dienstanweisung vom 28. Februar 1927 Nr. Q/440 ist bestimmt, daß die Rückvergütung der nicht abgefahrenen Kohlen gegen Rückgabe der Kohlenkartenabschnitte am Ende ihrer Gültigkeitsdauer erfolgt. Durch den Manteltarifvertrag vom 1. Mai 1929 ist diese Bestimmung noch dahin ergänzt, daß die Rückvergütung auch am Ende des Kohlenbezugsjahres erfolgen kann.

Um nun den Bergarbeitern die Möglichkeit zu geben, sich die Rückvergütung für die nicht benötigten Deputatkohlen bereits während des Bezugsjahres auszahlen zu lassen, wird bestimmt, daß verheiratete Bergarbeiter oder Haushaltungsvorstände die Rückvergütung zu den untenstehend angegebenen Zeitpunkten verlangen können. Macht der Arbeiter hiervon Gebrauch, so hat er die in der nachstehenden Tabelle angegebenen drei Kohlenkartenabschnitte, die jedoch nicht von der Stammkarte getrennt sein dürfen, in den für die Abgabe bestimmten zehn Tagen abzugeben. Hat er nur noch ein oder zwei Kohlenkartenabschnitte übrig, so kann er auch diese Abschnitte zwecks Rückvergütung vorlegen.

Verheiratete Arbeiter und Haushaltungsvorstände.

Zeitpunkt für die Abgabe der Abschnitte	Kohlenkarten über 3 To.		Kohlenkarten über 6 To.	
	Kohlenkartenabschnitte	über Menge	Kohlenkartenabschnitte	über Menge
15. bis 25. April	1, 2 u. 3	0,750 To.	1, 2 u. 3	1,500 To.
15. bis 25. Juni	4, 5 u. 6	0,750 To.	4, 5 u. 6	1,500 To.
15. bis 25. August	7, 8 u. 9	0,750 To.	7, 8 u. 9	1,500 To.
15. bis 25. Nov.	10, 11 u. 12	0,750 To.	10, 11 u. 12	1,500 To.

Gedige Arbeiter, welche einen Anspruch auf 1,250 To. haben, können die Rückvergütung zu folgenden Zeitpunkten verlangen:

Zeitpunkt für die Abgabe	Kohlenkartenabschnitte	über Menge
15. bis 25. August	1	um 2 0,500 To.
15. bis 25. November	3, 4 und 5	0,750 To.

Die Auszahlung der Entschädigung findet, wenn die Abgabe der Abschnitte in der vorgezeichneten Zeit erfolgt ist, bereits bei der darauf folgenden Lohnzahlung statt, d. h. bei den Lohnungen im Mai, Juli, September und Dezember.

Wünscht dagegen ein Arbeiter sofort in den Besitz der Rückvergütung zu gelangen, so ist ihm bei Abgabe der Kohlenkartenabschnitte ein Schein auf außerordentlichen Vorstoß auszustellen, gegen dessen Vorlage ihm die Inspektionskasse das Geld in der üblichen Weise auszahlt.

Arbeiter, die von dieser Berggünstigung keinen Gebrauch machen wollen, können die noch restlichen Kohlenkartenabschnitte

Bedeutung und Aufgaben der Erwerbslosenfreizeiten.

In dem Chaos der Wirtschaftskrisen sind neben den älteren Arbeitslosen in besonderem Umfange die jugendlichen Erwerbslosen einer großen Tragik ausgesetzt. Ist die Zahl dieser Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr, wie sie in den Erhebungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 15. März 1929 mit über 170 000 Hauptunterstützungsempfängern (davon 140 000 männliche und 31 000 weibliche) angegeben sind, schon außerordentlich hoch, so sind die Berufs- und Lebensschicksale jedes dieser einzelnen zum Teil noch bedeutend trostloser. Mit welchen Hoffnungen gingen diese jungen Menschen in das Erwerbsleben, wie vielen mag der Himmel voller Geigen gegangen haben! Und auf einmal: Du darfst nicht mehr arbeiten! Du mußt dich, sei es auf kürzere oder längere Zeit, in das Heer der Arbeitslosen einreihen!

Es wäre müßig, der Behauptung gegenüberzutreten: Wer arbeiten will, findet auch Arbeit. Die das sagen, waren sicherlich noch nie in der Lage eines Arbeitslosen, oder sie sagen es, um als Schwäger kundzutun, daß sie mit zum ehernen Bestandteil derer gehören, die in Deutschland nie alle werden.

An Stelle langatmiger Kritiken mußten praktische Hilfen für die jugendlichen Erwerbslosen einsehen. Andauernde Erwerbslosigkeit zermüht den Jugendlichen mehr als den Erwachsenen, da er der Umwelt mit all ihren Schlichen und Lockungen leichter zugänglich ist als der Erwachsene. Hier wächst zweifellos eine große Gefahr, der vorgebeugt werden muß, soll die Kriminalität bei diesen jungen Menschen nicht noch mehr Breichen schlagen.

Bereits im Herbst 1926 wurde durch das Reichsarbeitsministerium eine Verfügung erlassen, die besagt, daß die einzelnen Länder, Städte und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen sollten, den jugendlichen Arbeitslosen während ihrer Erwerbslosigkeit durch ein Hilfswerk zur Seite zu stehen. Da eine Arbeitsbeschaffung durch die Kommunen — abgesehen von den Notstandsarbeiten — wegen Geldmangels nicht in einem für Erwerbslose befriedigenden Umfange eingeleitet werden konnte, ging man dazu über, sogenannte Erwerbslosenfreizeiten zu errichten. Sie verfolgen den Zweck, die jungen Erwerbslosen in Kurzen von vierzehn Tagen bis drei Wochen zusammenzufassen. Sie sollen herausgehoben werden aus dem täglichen Einzelsein, um wieder einmal auf andere Gedanken zu kommen. Und in der Tat: der Anfang ist gemacht, wenn auch manche größere Städte bereits eine ganz stattliche Anzahl von Jugendlichen auf diese Art betreut haben. Bei diesen Freizeiten gilt es zunächst, die am längsten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen — getrennt in Jungen- und Mädchenkursen — zusammenzufassen, um dann, möglichst weit von der Stadt entfernt, in einem Jugendheim oder einer Jugendherberge für mehrere Wochen eine Bleibe aufzuschlagen. Ins Werk wurde dieses Unternehmen auf Grund der oben erwähnten Verfügung durch die staatlichen Bezirksjugendpflegestellen und städtischen Jugendämter in Verbindung mit den Arbeitsämtern gesetzt. Schwierigkeiten ergaben sich

mannigfaltig durch die Auswahl der Jugendlichen. Ein günstiges Zeichen war es immerhin, neben den Jugendlichen, die gewerkschaftlich, politisch und sportlich organisiert waren, vor allen Dingen solche zu nehmen, die besondere Schwierigkeiten machten. Bei diesen Freizeiten konnte man dann immer wieder beobachten, welche erzieherischen Aufgaben die Gewerkschaften durch ihre Jugendorganisationen geleistet haben und weiterhin leisten werden. So konnten diejenigen, die bis jetzt noch zu keiner Gemeinschaft sich entschließen konnten, ins Schlepptau genommen werden und ein großer Teil konnte aus diesen Freizeiten lernen.

Was verfolgen die Freizeiten? Sie wollen den Jugendlichen einesseits einmal wieder in eine gewisse Ordnung bringen, andernteils sollen sie ihm Anregungen zum Schaffen geben. In dieser Gesetzmäßigkeit liegt eine große erzieherische Aufgabe. Jeden Morgen vielleicht um 7 oder 7 Uhr aufstehen, eine halbe Stunde Gymnastik oder Sport, dann Brausebad, anziehen und Bettenmachen ist eine heilsame Medizin für die jungen Menschen, die so etwas nicht gewohnt sind. Durch besonders ausgewählte Jugendleiter und -pfeleger, wie Lehrer, wurde dann der Tagesablauf fortgesetzt. Allgemeine Kenntnisse auf allen Gebieten wurden aufgefrischt, auf diesem oder jenem Gebiet wurde ganz besonders nachgeholfen, und so wurden denn alle mitgeriffen, ob sie wollten oder nicht. Vom Erziehungsstandpunkt gilt es eine wichtige Aufgabe zu lösen. Der besondere Wert dieser Kurse liegt darin, die durch die Erwerbslosigkeit Niedergedrückten wieder aufzurichten, damit sie den Glauben an sich selbst nicht verlieren und auch einmal wieder an ihre Umwelt denken. Wer selbst einmal arbeitslos war, kann es spüren, daß man sich „ausgestoßen“ fühlt. Neben sportlicher Betätigung wird dann auch gebastelt, Rechnen und Deutsch, Wirtschaftsgeographie und Berufskunde betrieben. Durch gemeinsame Ausarbeitung von Gedanken wurde das Gemeinschaftsgefühl geweckt, man lernte sich auch menschlich näher kennen. Man konnte sein Herz ausschütten, die Jugendlichen lernten dann auch wieder, einmal Mensch zu sein. Durch gemeinsame Wanderungen, durch Betriebsbesichtigungen fielen die Schranken ganz. Man bedauerte nur, daß diese Kurse zu kurz seien.

Vor allen Dingen wurde bei diesen Kursen Wert auf gutes und reichliches Essen gelegt, denn was die Jungen und Mädels da geboten bekamen, das konnte der elterliche Haushalt bestimmt nicht geben. Und wie gut tat eine richtige Kost manchem dieser jungen Menschen! Gewichtszunahmen waren durchweg zu verzeichnen. Welche Generation wächst hier, die unterernährt später oder früher doch wieder in den Arbeitsprozeß tritt! Solche Einrichtungen sind der erste Schritt, um den größten Schwierigkeiten bei den jugendlichen Erwerbslosen zu begegnen. Daß die Jugendlichen selbst die ersten sind, die solche Kurse anerkennen, geht hervor aus Briefen, die sie schrieben:

„Wie habe ich mich gefreut, zu lernen und gut essen zu können. Würde doch so etwas nur länger dauern!“

Aus einer mitteldeutschen Großstadt einige Briefe: „Es ist nun schade, daß es wieder nach Hause geht. Wenn ich daran

zusammen wie bisher am Schlusse des Kohlenbezugsjahres zwecks Rückvergütung vorliegen.

Auch einer Gefahr, daß bei Vergütung der Rohle durch die Grubenerwaltung die Kohlenmenge zum Nachteil der Bergarbeiter gekürzt werden könnte, besteht nicht, da tariflich die Kohlenmenge nur im gegenseitigen Einverständnis geändert werden kann, was durch nachstehende Vereinbarung festgelegt ist:

Anlage zum Tarifvertrag (Manteltarifvertrag) für die Steinkohlenbergwerke der Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre vom 1. Mai 1929.

Einzigster Paragraph.

Als Ergänzung des § 8 (1) bzw. 12 des Vertrages vom 9. April 1929 wird hierdurch vereinbart, daß für die unter § 8 Punkt 1 festgelegten Deputatkohlenmengen die in § 12 des Vertrages festgelegte Kündigungsfrist von sechs Monaten keine Gültigkeit mehr hat.

Die den Arbeitern zustehenden Deputatkohlenmengen können nur in beiderseitigem Einverständnis abgeändert werden. Saarbrücken, den 22. Mai 1929. (Unterschriften.)

Wie wird der § 43 der Arbeitsordnung gehandhabt?

Die Generaldirektion der Saargruben hat zwecks Handhabung des § 43 der Arbeitsordnung, der die Fortzahlung des Lohnes bei der Teilnahme als Schöffe, Geschworener, Gemeinde- und Kreisstagsvertreter, bei Sterbefällen, Eheschließungen und Geburten regelt, nachstehende Dienstsanweisung an die einzelnen Inspektionen herausgegeben:

Dienstsanweisung betreffend Auslegung des § 43 der Arbeitsordnung.

1. Bei jeder beantragten Lohnfortzahlung auf Grund des § 43 Punkt 1 der A.O. ist zu prüfen, ob nicht etwa von einer anderen Seite der Lohn für die betreffende Zeit gezahlt worden ist oder gezahlt wird. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß eine Gewährung von Tagegeltern und Reisekosten nicht als eine Lohnfortzahlung anzusehen ist. Für die Teilnahme z. B. an den Sitzungen der Gerichte als Schöffen oder Geschworene werden den betroffenen Arbeitern Tagegeld und Reisekosten gezahlt. Daneben ist die Verwaltung zum Erlaß des entgangenen Lohnes verpflichtet, wobei noch bemerkt wird, daß Arbeiter, welche als Geschworene zu einer Sitzungsperiode des Schwurgerichts berufen sind, für die ganze Dauer der Sitzungsperiode als beurlaubt zu gelten haben und daß es dabei gleichgültig ist, ob der betreffende Arbeiter ausgelost wurde oder nicht, da er für die ganze Sitzungsperiode dem Gericht zur Verfügung stehen muß.

Bei Anträgen auf Lohnfortzahlung für die Teilnahme an den Sitzungen der Kreis- und Bezirkstage ist zu prüfen, ob der betreffende Kreis- oder Bezirk (oder die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken) für die Mitglieder, welche Lohnarbeiter sind, den durch die Teilnahme an den Sitzungen nachweislich entstandenen Lohnausfall bezahlt.

Für Mitglieder des Landesrats oder des Studienausschusses ist in jedem einzelnen Falle die Entscheidung des Service Ouvrier einzuholen.

Bei einem Antrag auf Lohnfortzahlung ist außerdem zu prüfen, ob die Sitzung so lange gedauert hat, daß das Verfahren einer Schicht an dem betreffenden Tage nicht mehr möglich war. Findet eine Gemeinderats- u. Sitzung nachmittags statt, so kann einem Arbeiter nach Ansicht des Gerichts nicht mehr zugemutet werden, an demselben Tage eine Schicht zu verfahren. Andererseits ist es aber auch nicht zulässig, den Arbeiter für einen anderen Tag zum Verfahren einer Erlasschicht zu bestellen. Findet eine Gemeinderats- u. Sitzung nachmittags statt, so muß erwartet werden, daß der betreffende Arbeiter morgens noch eine Schicht verfährt. Gegebenenfalls kann gestattet werden, daß der Arbeiter früher ausfährt. In jedem Falle muß der Arbeiter seine Behinderung und damit seinen Anspruch auf Entschädigung durch Vorlage der Einladung so rechtzeitig anzeigen, daß eine Einteilung für eine passende Schicht (an demselben Tage) möglich ist. Ist die Einteilung für eine andere Schicht nicht möglich, dann muß der Arbeiter vorher Urlaub nachsuchen, da andernfalls jede Lohnfortzahlung abgelehnt werden muß.

2. Was Johann die Lohnfortzahlung für die unter Punkt 2 des § 43 genannten Fälle betrifft, so wird dem Arbeiter z. B. für die Eheschließung die Schicht des Hochzeitstages vergütet. Hat der Arbeiter daneben noch Erholungsurlaub, so rechnet der Erholungsurlaub besonders und der Hochzeitstag wird als außerhalb des Urlaubs liegend nach § 43 (2) vergütet.

Bei Todesfällen von nahen Angehörigen, wobei bemerkt wird, daß Schwiegereltern und Geschwister (1) hier außer Be-

tracht bleiben, ist nur die Lohnfortzahlung für die unbedingt notwendige Schichtvergütung zu bewilligen. Eine Vergütung kommt daher in der Regel nur für eine Schicht in Frage und nur dann, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen, oder wenn in dem Haushalt niemand (keine Frau, größere Kinder usw.) vorhanden ist, der die erforderlichen Gänge besorgen kann, kommt eine Vergütung für zwei Schichten in Frage. Eine Vergütung von drei Schichten kommt nur bei auswärtigen Arbeitern in Betracht, welchen nach Lage der Verhältnisse nicht zugemutet werden kann, für eine Schicht, welche zwischen Sterbetag und Begräbnistag liegt, auf die Grube zu kommen.

3. Als Lohn für die Verfallensschichten kommt bei Bergarbeitern der Tariflohn, bei Schichtführern der tarifliche Schichtlohn zuzüglich Alterszulage und Mindestzulage der betreffenden Zulagekategorie in Frage. Dazu tritt dann noch die Familienzulage.

Saarbrücken, 8. Juli 1930. M a s s i n g.

Dankagung. Für die mir überwiesenen Geldspenden aus der Sammlung von der Belegschaft der Grube Altenwald im Betrage von 1100 Fr. und 1,65 M. aus Anlaß des Todes meines Mannes sage ich auf diesem Wege allen Spendern meinen besten Dank! Witwe Bernhard B r e n e r.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Oberauhem. Ein schwerer Verlust hat unsere Zahlstelle betroffen. Der Vertrauensmann Hermann Braun ist am 18. Juli einem tödlichen Leiden erlegen. Um die Zahlstelle hat sich unser verstorbener Kamerad große Verdienste erworben. Wir werden seiner nie vergessen!

Zahlstelle Bottrop-Eigen. Am 22. Juli starb nach langem Leiden unser Mitglied Heinrich Langer im Alter von 50 Jahren. Er war der Zahlstelle ein ziel- und pflichtbewusster Kamerad. Wir werden seiner ehrend gedenken.

Zahlstelle Mülheim 1. Am 2. Juli verunglückte auf Zeche Wiese unser Kamerad Heinrich Kröger. Wir verlieren in ihm einen stillen und guten Kameraden. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Bank und Kohlcheid. Der tödlichen Staublunge ist nach zweijährigem schwerem Leiden unser Kamerad Klemens Esser erlegen. Seit Bestehen der Betriebsvertretungen war er Mitglied des Betriebsrats der Grube Baurweg-Voccart. Durch sein zielbewusstes, charakterfestes Auftreten hat er es verstanden, die Belegschaft vor Schaden zu schützen und ihre Rechte zu sichern. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. — Neue, wesentlich erweiterte Auflage. 88 Seiten. Preis 1 M. — Verlags-gesellschaft deutscher Krankentassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers ergeben sich neue Aufgaben, deren Durchführung durch diese Broschüre wesentlich gefördert wird. Die erheblich erweiterte Auflage enthält nicht nur die Verordnung des Reichsarbeitsministers sowie dessen ergänzende Rundschreiben und Richtlinien, sondern auch die Durchführungsverordnungen sämtlicher Landesregierungen. Außerdem haben Dr. med. Meyer-Brodnik und Prof. Dr. Chajes wertvolle Beiträge über die Berufskrankheiten und ihre Bekämpfung beigegeben.

Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern seit langem die Bestrebungen zur besseren Erfassung und Bekämpfung der Berufskrankheiten. Die preiswerte Broschüre kann deshalb den Funktionären bestens empfohlen werden. Die Bestellungen können bei der Firma Hansmann u. Co. vorgenommen werden.

Handbuch der Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Sozialpolitischer und rechtlicher Kommentar mit Textausgabe des BAWG. in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. rer. pol. Ewin Rawicz, Mitglieder der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Berlin 1930. Buchdruckerei und Verlag

Gustav Schend Nachf. R. M. Weber GmbH, Berlin SW 68, Hollmannstr. 9/10. 508 Seiten. Halbt. 12,50 M., brosch. 11 M.

Die klare Linie des Handbuchs, die umfassende Darstellung des gesamten Rechtsstoffes der durch die Novelle veränderten Arbeitslosenversicherung in ihrer heutigen Gestalt, die vielen, dem täglichen Arbeitschicksal entnommenen Beispiele und die graphischen Darstellungen, die wirklich umfassende sozialpolitische und rechtliche Behandlung der Materie durch die beiden bekanntesten Autoren wird dem gut ausgestatteten Werk bald in den weitesten Kreisen Eingang verschaffen. Jeder, der die immer noch im Mittelpunkt des innerpolitischen Geschehens stehende Arbeitslosenversicherung in ihrer gegenwärtigen, gegenüber dem Vorjahre stark veränderten Gestalt begreifen und eine autoritative Auslegung des schwierigen Gesetzes zur „Hand“ haben will, wird zu dem „Handbuch“ der Novelle von Kühne-Rawicz greifen. Bei der gegenwärtigen innerpolitischen Entwicklung, die durch den Kampf um die Finanzen der Arbeitslosenversicherung Ende März zum Sturz der Reichsregierung führte, werden die ausführlichen, auch durch deutlich erläuternde Schaubilder ergänzten Darlegungen über die finanzielle Gestaltung der Arbeitslosenversicherung von besonderem aktuellen Interesse sein.

Von den Kohlen und den Mineralölen. Ein Jahrbuch für Chemie und Technik der Brennstoffe und Mineralöle. Herausgegeben von der Fachgruppe für Brennstoff- und Mineralölchemie des Vereins deutscher Chemiker. 1930. Verlag Chemie GmbH, Berlin W 10. 180 Seiten, 9 Tabellen, 45 Abbildungen. Preis 11 M., geb. 13 M.

Der zweite Band der Berichte aus den Verhandlungen der Fachgruppe für Brennstoff- und Mineralölchemie des Vereins deutscher Chemiker bringt ein sachliches Bild über den Stand der technischen und wissenschaftlichen Forschung. Diese ist in starker Linie auf die Kenntnis und Auswertung der Gasinhaltsstoffe gerichtet. Schustan, Lorenzen, Bid und Frank berichten darüber. Weiter ist der Stand der thematischen Verfolgung der Phenole und einiges über die Zusammenfassung und das Verhalten der Benzine im Motor behandelt. Das so brennend wichtige Problem der Schwereabwässer behandelt Kofin, und endlich ist auch der Gesamtbericht Heinzes von der Weltkraftstoffkonferenz über Entwicklung und Stand der Schwelentechnik hier veröffentlicht.

Film und Funk. Der Sozialistische Kulturtag 1929. 79 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag Soz. Kulturbund, Berlin SW 68.

Film und Funk, die beiden modernsten Mittel der Massenpropaganda, bedeuten auch für die Arbeiterorganisationen, insbesondere für ihre Kultur- und Werbearbeit, umwälzende Neuerungen. Die Fülle der Probleme, die auf Lösung harren, haben den Sozialistischen Kulturbund veranlaßt, auf seiner Tagung Ende September 1929 in Frankfurt a. M. diese Fragen zur Diskussion zu stellen. Vorträge und Ausprache liegen nunmehr gedruckt vor und lassen erkennen, wieviel wertvolle Arbeit die Konferenz geleistet hat. Eine Reihe anerkannter Redner haben in einzelnen Referaten zur Sache Stellung genommen. An ihre Ausführungen knüpfen sich Aussprachen, in denen das Für und Wider eingehend erörtert wurde. Die Ergebnisse der Tagung werden in der praktischen Arbeit reiche Verwendungen finden. Das Buch gehört in die Hände aller Funktionäre, die aus seinem Inhalt Anregungen auf lange Zeit finden werden. Es kann aber auch jedem Interessierten als grundlegende Information über die Fragen „Film und Funk“, die das geistige Gepräge der Gegenwart in so starkem Maße beeinflussen, empfohlen werden.

Volksgeundheit. Illustrierte Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform und Freileberrkultur mit dem ständigen Beiblatt „Der Kleingärtner“. Herausgeber: Verband Volksgeundheit e. V. (Sozialistische Zentralorganisation), Dresden-N. 1, Schließfach 263. Bezugspreis im Vierteljahr 2 M., Einzelheft 80 Pf.

Verbandsnachrichten

In Nr. 31 der „Bergbau-Industrie“ vom 2. August, Seite 247, muß unter „Dritter Verhandlungstag“ der zweite Absatz wie folgt heißen:

„Auf Vorschlag Hufemanns beschließt die Generalversammlung, eine gestern beschlossene Erweiterung der Streikunterstützung für Mansfeld sofort in Kraft zu setzen. Danach wird von der sechsten Woche ab zur Streikunterstützung ein Zuschlag für Frau und Kind von 2,40 M. statt bisher 1,20 M. gezahlt.“

Unter Tage ein guter Begleiter ist der würdige und billige GEG Kautabak aus dem Kentucky mit den besten Zutaten nur im Konsumverein

Billige böhmische Bettfedern nur reine gut füllende Sorten. 1. Als ganz geblüht, 2. Als halbgeblüht, 3. Als ungeblüht, 4. Als ganz geblüht, 5. Als halbgeblüht, 6. Als ungeblüht, 7. Als ganz geblüht, 8. Als halbgeblüht, 9. Als ungeblüht, 10. Als ganz geblüht, 11. Als halbgeblüht, 12. Als ungeblüht. Preisliste 11 M. 50 Pf. bei Bestellungen. Henschel Saugel, Lobes 209 bei Hagen in Bochum.

Heeresgut Bekleidungswaren usw. gut erhalten. Socken, Baumw., 3 Paar 1,20, 0,90. Unterhosen „ „ 1,20, 0,80, 0,68. Dreifach o. Hos. je 1,50, 1,30, 0,98. Tuch-Hosen, höher u. schw. 8,25, 4,90. Tuch-Hosen „ „ 6,00, 3,95, 4,98. Wollstrümpfe „ „ 1,10, 0,75, 0,85. Woll-Mantel 12, „ 10,50, 8,20, 8,80. Palmarinen, Zeile, 7,30, 5,90, 4,80. Rastabergmensch b. Knie 1,10, 0,84. Wollstrümpfe (neu 2,45), 0,82, 0,48. Seidenschuhe, Neusehle 5,50, 5,90. Seidenschuhe, Neusehle 7,30. Schürzen, (Neusehle 11,05) 5,90. Kautabak (Neusehle 13,90) 8,75. Schürze, Plüsch, 1,90, 1,20. Kav.-Wollstr. Woll. 7,90, 5,90. Bettbezüge, blau-weiß 3,30, 2,85. Kopfkissenbezüge, bl.-weiß 1,20, 0,80. Neufabrikate, teilweise Heeresgut. Socken, wollstark 0,97, 0,75, 0,47. Knieunterhosen, pa. „ 2,65, 1,95. Dreifach o. -Hosen, la, je „ 4,90. Kniehosen, weiß, stark „ 3,40, 2,75. Tauwollstr., grün, oliv, braun 4,90. Seidstr., Plüschstr., groß 5,70, 4,30. Arbeitskleid, engl. Leder, lang 4,90. Hosen, fedgr., Tuch, lang 9,20, 7,90. Seidenschuhe, Mil.-Art. „ 9,40, 8,60. Fordert Preisliste 108: Schuhwerk, Berufs-, Leder-, Wollstrümpfe, Seidenschuhe, Nachschneewerkzeug, lichte Hüfte, Umarmung gestärkt. Tgl. Deutsche Schuhfabrikation Berlin 207 Rosenthaler Str. 38. Größtes Detailvertriebshaus Deutschlands Besatz Art. 14 Filial, 36 Läger. Eig. große Werkstätten

Organisations- u. Werbetechnik in der Arbeiterbewegung. Organisations-Preis: broschiert 2,70 M., gebunden 3,80 M. H. Hansmann & Co., Bochum.

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-reelles christliches Haus! 1 Pfund ganz Halb-geblühtes 0,60 u. 1 „ „ halbweisse geblüht 0,72, 2 „ 2,30, 2 „ 2,50 und 3 „ Seidengeblüht 0,75, 0,80, 0,85, 0,90, 0,95, 1,00, 1,05, 1,10, 1,15, 1,20, 1,25, 1,30, 1,35, 1,40, 1,45, 1,50, 1,55, 1,60, 1,65, 1,70, 1,75, 1,80, 1,85, 1,90, 1,95, 2,00, 2,05, 2,10, 2,15, 2,20, 2,25, 2,30, 2,35, 2,40, 2,45, 2,50, 2,55, 2,60, 2,65, 2,70, 2,75, 2,80, 2,85, 2,90, 2,95, 3,00, 3,05, 3,10, 3,15, 3,20, 3,25, 3,30, 3,35, 3,40, 3,45, 3,50, 3,55, 3,60, 3,65, 3,70, 3,75, 3,80, 3,85, 3,90, 3,95, 4,00, 4,05, 4,10, 4,15, 4,20, 4,25, 4,30, 4,35, 4,40, 4,45, 4,50, 4,55, 4,60, 4,65, 4,70, 4,75, 4,80, 4,85, 4,90, 4,95, 5,00, 5,05, 5,10, 5,15, 5,20, 5,25, 5,30, 5,35, 5,40, 5,45, 5,50, 5,55, 5,60, 5,65, 5,70, 5,75, 5,80, 5,85, 5,90, 5,95, 6,00, 6,05, 6,10, 6,15, 6,20, 6,25, 6,30, 6,35, 6,40, 6,45, 6,50, 6,55, 6,60, 6,65, 6,70, 6,75, 6,80, 6,85, 6,90, 6,95, 7,00, 7,05, 7,10, 7,15, 7,20, 7,25, 7,30, 7,35, 7,40, 7,45, 7,50, 7,55, 7,60, 7,65, 7,70, 7,75, 7,80, 7,85, 7,90, 7,95, 8,00, 8,05, 8,10, 8,15, 8,20, 8,25, 8,30, 8,35, 8,40, 8,45, 8,50, 8,55, 8,60, 8,65, 8,70, 8,75, 8,80, 8,85, 8,90, 8,95, 9,00, 9,05, 9,10, 9,15, 9,20, 9,25, 9,30, 9,35, 9,40, 9,45, 9,50, 9,55, 9,60, 9,65, 9,70, 9,75, 9,80, 9,85, 9,90, 9,95, 10,00, 10,05, 10,10, 10,15, 10,20, 10,25, 10,30, 10,35, 10,40, 10,45, 10,50, 10,55, 10,60, 10,65, 10,70, 10,75, 10,80, 10,85, 10,90, 10,95, 11,00, 11,05, 11,10, 11,15, 11,20, 11,25, 11,30, 11,35, 11,40, 11,45, 11,50, 11,55, 11,60, 11,65, 11,70, 11,75, 11,80, 11,85, 11,90, 11,95, 12,00, 12,05, 12,10, 12,15, 12,20, 12,25, 12,30, 12,35, 12,40, 12,45, 12,50, 12,55, 12,60, 12,65, 12,70, 12,75, 12,80, 12,85, 12,90, 12,95, 13,00, 13,05, 13,10, 13,15, 13,20, 13,25, 13,30, 13,35, 13,40, 13,45, 13,50, 13,55, 13,60, 13,65, 13,70, 13,75, 13,80, 13,85, 13,90, 13,95, 14,00, 14,05, 14,10, 14,15, 14,20, 14,25, 14,30, 14,35, 14,40, 14,45, 14,50, 14,55, 14,60, 14,65, 14,70, 14,75, 14,80, 14,85, 14,90, 14,95, 15,00, 15,05, 15,10, 15,15, 15,20, 15,25, 15,30, 15,35, 15,40, 15,45, 15,50, 15,55, 15,60, 15,65, 15,70, 15,75, 15,80, 15,85, 15,90, 15,95, 16,00, 16,05, 16,10, 16,15, 16,20, 16,25, 16,30, 16,35, 16,40, 16,45, 16,50, 16,55, 16,60, 16,65, 16,70, 16,75, 16,80, 16,85, 16,90, 16,95, 17,00, 17,05, 17,10, 17,15, 17,20, 17,25, 17,30, 17,35, 17,40, 17,45, 17,50, 17,55, 17,60, 17,65, 17,70, 17,75, 17,80, 17,85, 17,90, 17,95, 18,00, 18,05, 18,10, 18,15, 18,20, 18,25, 18,30, 18,35, 18,40, 18,45, 18,50, 18,55, 18,60, 18,65, 18,70, 18,75, 18,80, 18,85, 18,90, 18,95, 19,00, 19,05, 19,10, 19,15, 19,20, 19,25, 19,30, 19,35, 19,40, 19,45, 19,50, 19,55, 19,60, 19,65, 19,70, 19,75, 19,80, 19,85, 19,90, 19,95, 20,00, 20,05, 20,10, 20,15, 20,20, 20,25, 20,30, 20,35, 20,40, 20,45, 20,50, 20,55, 20,60, 20,65, 20,70, 20,75, 20,80, 20,85, 20,90, 20,95, 21,00, 21,05, 21,10, 21,15, 21,20, 21,25, 21,30, 21,35, 21,40, 21,45, 21,50, 21,55, 21,60, 21,65, 21,70, 21,75, 21,80, 21,85, 21,90, 21,95, 22,00, 22,05, 22,10, 22,15, 22,20, 22,25, 22,30, 22,35, 22,40, 22,45, 22,50, 22,55, 22,60, 22,65, 22,70, 22,75, 22,80, 22,85, 22,90, 22,95, 23,00, 23,05, 23,10, 23,15, 23,20, 23,25, 23,30, 23,35, 23,40, 23,45, 23,50, 23,55, 23,60, 23,65, 23,70, 23,75, 23,80, 23,85, 23,90, 23,95, 24,00, 24,05, 24,10, 24,15, 24,20, 24,25, 24,30, 24,35, 24,40, 24,45, 24,50, 24,55, 24,60, 24,65, 24,70, 24,75, 24,80, 24,85, 24,90, 24,95, 25,00, 25,05, 25,10, 25,15, 25,20, 25,25, 25,30, 25,35, 25,40, 25,45, 25,50, 25,55, 25,60, 25,65, 25,70, 25,75, 25,80, 25,85, 25,90, 25,95, 26,00, 26,05, 26,10, 26,15, 26,20, 26,25, 26,30, 26,35, 26,40, 26,45, 26,50, 26,55, 26,60, 26,65, 26,70, 26,75, 26,80, 26,85, 26,90, 26,95, 27,00, 27,05, 27,10, 27,15, 27,20, 27,25, 27,30, 27,35, 27,40, 27,45, 27,50, 27,55, 27,60, 27,65, 27,70, 27,75, 27,80, 27,85, 27,90, 27,95, 28,00, 28,05, 28,10, 28,15, 28,20, 28,25, 28,30, 28,35, 28,40, 28,45, 28,50, 28,55, 28,60, 28,65, 28,70, 28,75, 28,80, 28,85, 28,90, 28,95, 29,00, 29,05, 29,10, 29,15, 29,20, 29,25, 29,30, 29,35, 29,40, 29,45, 29,50, 29,55, 29,60, 29,65, 29,70, 29,75, 29,80, 29,85, 29,90, 29,95, 30,00, 30,05, 30,10, 30,15, 30,20, 30,25, 30,30, 30,35, 30,40, 30,45, 30,50, 30,55, 30,60, 30,65, 30,70, 30,75, 30,80, 30,85, 30,90, 30,95, 31,00, 31,05, 31,10, 31,15, 31,20, 31,25, 31,30, 31,35, 31,40, 31,45, 31,50, 31,55, 31,60, 31,65, 31,70, 31,75, 31,80, 31,85, 31,90, 31,95, 32,00, 32,05, 32,10, 32,15, 32,20, 32,25, 32,30, 32,35, 32,40, 32,45, 32,50, 32,55, 32,60, 32,65, 32,70, 32,75, 32,80, 32,85, 32,90, 32,95, 33,00, 33,05, 33,10, 33,15, 33,20, 33,25, 33,30, 33,35, 33,40, 33,45, 33,50, 33,55, 33,60, 33,65, 33,70, 33,75, 33,80, 33,85, 33,90, 33,95, 34,00, 34,05, 34,10, 34,15, 34,20, 34,25, 34,30, 34,35, 34,40, 34,45, 34,50, 34,55, 34,60, 34,65, 34,70, 34,75, 34,80, 34,85, 34,90, 34,95, 35,00, 35,05, 35,10, 35,15, 35,20, 35,25, 35,30, 35,35, 35,40, 35,45, 35,50, 35,55, 35,60, 35,65, 35,70, 35,75, 35,80, 35,85, 35,90, 35,95, 36,00, 36,05, 36,10, 36,15, 36,20, 36,25, 36,30, 36,35, 36,40, 36,45, 36,50, 36,55, 36,60, 36,65, 36,70, 36,75, 36,80, 36,85, 36,90, 36,95, 37,00, 37,05, 37,10, 37,15, 37,20, 37,25, 37,30, 37,35, 37,40, 37,45, 37,50, 37,55, 37,60, 37,65, 37,70, 37,75, 37,80, 37,85, 37,90, 37,95, 38,00, 38,05, 38,10, 38,15, 38,20, 38,25, 38,30, 38,35, 38,40, 38,45, 38,50, 38,55, 38,60, 38,65, 38,70, 38,75, 38,80, 38,85, 38,90, 38,95, 39,00, 39,05, 39,10, 39,15, 39,20, 39,25, 39,30, 39,35, 39,40, 39,45, 39,50, 39,55, 39,60, 39,65, 39,70, 39,75, 39,80, 39,85, 39,90, 39,95, 40,00, 40,05, 40,10, 40,15, 40,20, 40,25, 40,30, 40,35, 40,40, 40,45, 40,50, 40,55, 40,60, 40,65, 40,70, 40,75, 40,80, 40,85, 40,90, 40,95, 41,00, 41,05, 41,10, 41,15, 41,20, 41,25, 41,30, 41,35, 41,40, 41,45, 41,50, 41,55, 41,60, 41,65, 41,70, 41,75, 41,80, 41,85, 41,90, 41,95, 42,00, 42,05, 42,10, 42,15, 42,20, 42,25, 42,30, 42,35, 42,40, 42,45, 42,50, 42,55, 42,60, 42,65, 42,70, 42,75, 42,80, 42,85, 42,90, 42,95, 43,00, 43,05, 43,10, 43,15, 43,20, 43,25, 43,30, 43,35, 43,40, 43,45, 43,50, 43,55, 43,60, 43,65, 43,70, 43,75, 43,80, 43,85, 43,90, 43,95, 44,00, 44,05, 44,10, 44,15, 44,20, 44,25, 44,30, 44,35, 44,40, 44,45, 44,50, 44,55, 44,60, 44,65, 44,70, 44,75, 44,80, 44,85, 44,90, 44,95, 45,00, 45,05, 45,10, 45,15, 45,20, 45,25, 45,30, 45,35, 45,40, 45,45, 45,50, 45,55, 45,60, 45,65, 45,70, 45,75, 45,80, 45,85, 45,90, 45,95, 46,00, 46,05, 46,10, 46,15, 46,20, 46,25, 46,30, 46,35, 46,40, 46,45, 46,50, 46,55, 46,60, 46,65, 46,70, 46,75, 46,80, 46,85, 46,90, 46,95, 47,00, 47,05, 47,10, 47,15, 47,20, 47,25, 47,30, 47,35, 47,40, 47,45, 47,50, 47,55, 47,60, 47,65, 47,70, 47,75, 47,80, 47,85, 47,90, 47,95, 48,00, 48,05, 48,10, 48,15, 48,20, 48,25, 48,30, 48,35, 48,40, 48,45, 48,50, 48,55, 48,60, 48,65, 48,70, 48,75, 48,80, 48,85, 48,90, 48,95, 49,00, 49,05, 49,10, 49,15, 49,20, 49,25, 49,30, 49,35, 49,40, 49,45, 49,50, 49,55, 49,60, 49,65, 49,70, 49,75, 49,80, 49,85, 49,90, 49,95,